

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Februar 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohneinlagen 20 Pf., die fünfgepaltene Seite; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameeinlagen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 23

Des nächsten Hefts wegen erscheint die nächste Nummer (24) erst am Sonnabend, den 28. Februar.

**Neubestellungen** auf den „Korr.“ sind zu jedem Monatsersten zulässig + nur Postbezug + Erg. Erhöhung des alten Abonnementspreis von 22 Pf. monatlich, 44 Pf. zweimonatlich, 65 Pf. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

### Prinzipalität — Gehilfenschaft

In einer Bekanntmachung des Hauptvorstandes der Prinzipalorganisation von Mitte Februar wird unter Führung der außergewöhnlichen Preissteigerung für alle Materialien und Unkosten allein in den letzten Wochen auch die sehr erhebliche Erhöhung der Lohnzulagen durch Brot- und Kartoffelverleuerungen ins Feld geführt. Daß wie bei allen Gewährungs an die Gehilfenschaft usw. mit dieser Bewertung auch wieder zu hoch gegriffen wird, möchten wir nicht unbedingt lassen.

Was haben nun diese 5 und 10 Mk. alles ausgekostet! Wenn man alles überblickt, was die „Zeitschrift“ vom 20. Februar erst lobend erweiternd möglich macht, dann kann einen stärkster Optimismus befallen, ob aus der Hinsicht, lebenden erbarmungslosen Schlacht der internationalen Volksherrscher und der nationalen Weltmarktpreisereberer gegen das drangalierte Volk die ganz unausbleiblichen bitterbösen Folgeerscheinungen auch für die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes bei der Tarifausschubung in den allernächsten Tagen besser als sonst überdacht und materiell richtiger ausmessend gewürdigt werden. Wir haben keine große Hoffnung in dieser Beziehung, dafür aber den Trost, daß jetzt auch die Regierung einzusehen beginnt, ihrerseits Hilfswege einzuschlagen anstatt der niederwärtigen Steuerungsmaßnahmen. Es empfiehlt sich, in dieser Nummer den volkswirtschaftlichen Teil (Beilage) zu lesen, der für die Prinzipale nicht minder Interesse beanspruchen dürfte. Denn daß viele von ihnen eine Scheuklappenpolitik betreiben wie unter Oppositionellen aus entgegengesetzter Richtung, unterliegt bei uns keinem Zweifel.

Man sandte uns dieser Tage die Weimarerische Landeszeitung „Deutschland“ darin ist aus Rußla vom 13. Februar folgendes zu lesen:

Neuerliche Lohnbewegungen in der hiesigen Metallindustrie sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in überraschender Weise erledigt worden. Die Arbeitnehmer bedauerten, im Hinblick auf die Preissteigerungen für die wichtigsten Lebensmittel wider Willen neue Forderungen stellen zu müssen. Die Arbeitgeber erklärten ihr volles Verständnis für die Lage ihrer Arbeiter und bewilligten den Arbeitnehmern noch 25 Proz. mehr, als diese gefordert hatten, da letztere mit dem, was sie verlangten, unmöglich auskommen könnten. Es ist zu bedauern, daß nicht nähere Zifferangaben gemacht sind. Immerhin ist eine um 25 Proz. über die Forderungen hinausgehende Bewilligung ein Novum; die Metallarbeiter in Rußla können doch bisher nicht zu Friedenslöhnen gearbeitet haben.

Neben dem kleinen Rußla können wir das größere Ostpreußen mit einem Fall aus der Textilindustrie anführen, der auch bemerkenswert ist. Es läuft dort ein Tarif. Die Unternehmer wollten deshalb nur 1,50 Mk. pro Familienmitglied Kartoffel- und Brotzulage gewähren. Sie ließen sich aber von den ganz außerordentlichen Verhältnissen überzeugen, gingen von ihren grundsätzlichen Bedenken ab und vereinbarten in friedlicher Verständigung Aufschläge von 20, 25, 30 und 55 Proz. Alle über 20 Jahre alten Arbeiter erhalten den Vorschlag, was nicht unbedeutend ist. Von der dritten Januarwoche an wurden die neuen Erhöhungen ausbezahlt, für die ersten beiden verblieb es bei dem Satze der Zentralarbeitsgemeinschaft.

In andern Gewerben und Industrien kam es in Anbetracht der Preisrevolution auch vielfach zu Bewilligungen

unterschiedlicher Art; verschiedentlich freilich hängt die Brot- und Kartoffelzulage noch in der Luft.

Wir müssen unsern Prinzipalen die Lohnaufschlags-erhöhung am 1. Februar allerdings zugute halten, dabei aber wiederum betonen, daß die Großdruckorte davon nicht betroffen wurden. Es ist auch hier und da zu höheren Bewilligungen gekommen als zu 5 und 10 Mk. Direkt zu nennen ist uns aber nur Stuttgart mäßig. Im allgemeinen hat die Prinzipalität die Preisrevolution nur für sich gemerkt: beim Papier, mit den Farben, Kohlen usw. Demzufolge auch der außerordentliche Schritt mit vorzeitiger Preissteigerung, die wir angesichts solcher Sturzwellen ja nicht für unmöglich halten, uns aber auch nicht nur einseitig denken können.

In der neuesten Nummer der „Zeitschrift“ werden zwei Zuschriften veröffentlicht, die mit manchem uns von Gehilfenleite Zugedenken die Wege halten an Unvernunft. Der eine Kritiker meint sogar, die Brotzulage müßte herabgesetzt werden, da jetzt doch die Ration verringert sei. Der andre Prinzipal spricht von einer Vergewaltigung der Prinzipalität und nennt die rückwirkende Kraft der 5 und 10 Mk. den „Spiegel der Ungerechtigkeit und Ungeheuerlichkeit“; es würde das zum „Ruin zahlreicher Betriebe“ führen. Das sind zwei aufgeregte Prinzipale aus der tieferen Provinz, die von des Lebens Nöten innerhalb der Stadtmauern nicht viel wissen.

Es hat aber noch in ganz andern Kreisen gewettert. Die Vorstandschäft des Kreises Bayern vom Deutschen Buchdruckervereine hat in ihr „Mitteilungsorgan“ Lernabau wegen der Brot- und Kartoffelzulage geäußert, daß man annehmen könnte, mit Bayern könnte es in der Ernährung noch so günstig, wie man es eben traditionell weiß, obwohl vor elflichen Wochen viel durch die Presse ging über den dicht bevorstehenden Ernährungszusammenbruch in der blauweißen Republik. Es werden Ausrechnungen vorgenommen und dann kommt zur „Feststellung“:

Mithin würde die neue Steuerungsulage nicht nur das Vielfache der eingetragenen tatsächlichen Verteuerung ausgleichen, sondern diese Zulagen würden den ganzen Preis der betreffenden Lebensmittel decken und weit übersteigen.

Da man bis dahin ansehend sich geschummert hatte, nichts gewußt hat von dem Weidnachtsgeschenk der Zentralarbeitsgemeinschaft, so war der Deckersturz nun um so geräuschvoller. Mit lakonischem Schneid heißt es über die Erregung in Bayern:

daß es nur noch eines kleinen Anstoßes bedarf, um die Laitsche hervorzuheben, daß die bayerischen Buchdruckerbetriebe wie ein Mann aus der Tarifgemeinschaft und dem DVB. austreten, da sie nicht länger gewillt sind, sich Beschlüssen zu unterwerfen, die nicht auf tariflicher Basis beruhen.

Die neubayerische Hilfe wird sich bald wieder gelegt haben, doch ist man mit der Durchführung der Kartoffelgrochen dort noch im Rückstande, wie uns ein Kollege aus Lindenberg (Allgäu) dieser Tage schrieb, der auch anführen konnte, daß in diesem kleinen Neste die andern Berufsarbeiter einen um 80 Pf. höheren Stundenlohn haben. Das Tarifamt solle erst für Deckung sorgen, wird den Gehilfen dort erklärt. Man hat also von dem Charakter dieser Nebenulage gar keine Ahnung.

In andern Landstrichen ist man auch aus dem Häuschen geraten über diese doch für alle Unternehmerkreise geltende Regelung. Die Berliner Prinzipalität hat am 11. Februar aus Schwärze zunächst gegen die Zentralarbeitsgemeinschaft Stellung genommen, die gar keine Befugnis habe zu solchen Maßnahmen. (Die im Unternehmerinteresse gelegenen sind natürlich hemmungslos gestattet.) Die Tarifgemeinschaft werde bei Wiederholung solcher Vorgänge aufs äußerste gefährdet. Am entschiedensten wandten sich die Berliner Prinzipale gegen die rückwirkende Kraft solcher oder ähnlicher Beschlüsse, weil deren materielle Seite nie wieder von den Auftraggebern einzubringen sei.

Wo man nicht solchen Rärm lösung, hat man doch irgend etwas getan, um zu zeigen, daß Einverständnis die Brot- und Kartoffelzulager nicht gefunden haben. In Chemnitz wurden bei der Lohnzahlung Festel ausgehängt, wonach

bei einer Neuordnung der Lohnverhältnisse Anrechnung stattfinden werde. In Leipzig hielt man auf dem Sirkularwege hochnotpeinliche Anfrage, ob Zahlung schon gefordert sei, obgleich die Bekanntmachung in der „Zeitschrift“ noch nicht erfolgt war, und auch ob für den Fall der Nichtauszahlung passive Resistenzen angedroht wurde. Nachdem ist in Leipzig alles glatt gegangen.

Der Prinzipalvorsitzende des Tarifamts hat mit seiner jetzt in der „Zeitschrift“ gegebenen Darstellung, wie das Tarifamt die Angelegenheit regelt in die Hand genommen habe, wobei auch die Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt, daß sie in die Tarifverträge unbefugt eingriff, wohl die Sturmbeschwörung zu Ende geführt.

Der Kieler Fall ist eigenartig gelagert. Der Demobilisierungsausschuß hatte auf Antrag der Gewerkschaften und nach Anhörung der Unternehmerverbände für den Demobilisierungsbereich Kiel am 21. Januar angeordnet, daß in Anbetracht der plötzlich eingetretenen erheblichen Steigerung der Teuerung, die Gewährung einer außerordentlichen Teuerungszulage für die Arbeitnehmer zur Erhaltung eines geordneten und ruhigen Wirtschaftslebens in Groß-Kiel unumgänglich ist und von der nachfolgenden Lohnwoche an unbeschadet der bestehenden Tarife und Teuerungszulagen eine besondere Zulage von 20 bis 50 Pf. pro Stunde zu zahlen sei. Erhöhung seit dem 31. Dezember 1919 sollten Anrechnung finden. Die Unternehmerchaft von Kiel und Umgegend kam dieser behördlichen Anordnung nach, nur die im Buchdruckgewerbe nicht. Es kam darauf zum allgemeinen Streik der Arbeiterchaft des Buchdrucks, nachdem zweimal besondere Verhandlungen stattgefunden hatten, die Prinzipale aber ablehnten unter Hinweis auf den Beschluß des Tarifauschusses vom Dezember, daß außer friedlicher Verständigung nichts unterommen werden dürfe zur Durchsetzung höherer Löhne bis April 1920; sie legten das Vorgehen der Gehilfen sogar als Tarifbruch aus. Es ist von den Organisations- und Tarif-funktionären alles getan worden zur Beilegung des Konflikts. Die Prinzipalität aber hätte ihn beinahe noch ausgedehnt durch Gegenmaßnahmen im ganzen Tarifkreise; auch von ihrer Organisationsleitung hat es nicht an Noten gefehlt, die in diesem Falle denn doch deplatziert waren, weil von einem Tarifbrüche keine Rede sein konnte, ebensowenig das für andre Gewerbe zugeflossen hätte. Nach einiger Dauer des Streiks erfolgte dann Einigung unter Einrechnung der Brot- und Kartoffelzulage; ein nachfolgendes Gesänd in den Zeitungen wurde von Prinzipalseite begonnen. Man wird die Maßnahmen des Kieler Demobilisierungsausschusses in einer Beziehung nicht ganz richtig finden, obwohl dieses vom Reichsarbeitsministerium gedeckt sein soll, weil es die zeitlichen Interdependenzen der bestehenden Tarife ganz außer Betracht läßt und dadurch auch für die Arbeiter Inzuträglichkeiten entstehen können, aber den Prinzipalstreit, den die Kieler Prinzipale daraus gemacht haben, hätten sie sich wirklich sparen können, denn sonst wäre ja gegen die plötzliche Druckpresserhöhung mit den gleichen Argumenten von Gehilfenleite anzukämpfen. Ihr Stand aber zur Seite, daß eine Behörde mit weitgehenden Befugnissen die anordnende Stelle war.

Unter unsern Prinzipalen ist der Sinn für das Prinzip überhaupt stark ausgeprägt. Eine in den Geraer Blättern zu Anfang Januar geübte „anregende Aussprache“ mit der Gehilfenleite über nachahmenswerte Beispiele durch Gewährung von Sonderauszahlungen an Druckerpersonal war auch so eine Erbaulichkeit.

Im „Nilsch“ konnte man kürzlich ebenfalls kein blaues Wunder erleben. Da anouncede eine schon seit fast 100 Jahren bestehende Firma, sie wolle die Gesamteinrichtung in das Ausland verkaufen „infolge der durch die ungeheuren Preissteigerungen und der mangelnden Ansprüche der Arbeiter eingetretenen Unwirtschaftlichkeit“. Der Sachverhalt ist aber der, daß einfach ein Valutageschäft gemacht werden soll, wie das jetzt schon häufig im Schwange ist auch bei uns. Zur Verdrämung muß aber eine Erfindung herhalten, nämlich die mit den „mangelnden Anprüchen“. In der gleichen Nummer zeigt der technische Keller eines großen Betriebes an, daß er „die

verantwortungsvolle, nervenstärkende und nicht empfindend honorierte Tätigkeit auf leitendem Posten mit einer Stelle als erster Maschinenschreiber verlaufend möchte. Das paßt großartig zusammen!

Wenn man alles so vorübergehen läßt und auch die für die Prinzipale und Zeitungsverleger bestehenden, unerschütterlichen großen Schwierigkeiten wohl berücksichtigt, auf die wir leider doch nicht mehr eingehen können vor der Tarifauschussung, dann macht das Verhalten der Unternehmer in Ruhe und Stillstand noch einen viel freundlicheren Eindruck. In Leipzig hat der Prinzipalvereiner in seiner bereits erwähnten Umfrage jetzt aber von den Firmen wissen wollen:

Wollen Sie bei einem Schwärzen der Tarifverhandlungen, alle Konsequenzen kollektial mit der Allgemeinheit tragen?

Wie denken Sie über eine tariflose Zeit?

Würden Sie einen Teil Ihres Betriebes aufrechterhalten können, oder müßten Sie den ganzen Betrieb schließen?

Sind Sie dafür, daß unser Kreisvertreter gegen jede weitere Lohnherabsetzung stimmt und rückwirkende Festsetzungen strikt ablehnt?

Es ist nur eine Befragung, die aber spricht Bände! Dabei haben fast alle die Leipziger Zeitungsverleger Bezugspreissteigerung um 50 Proz. und Anzeigenpreissteigerung um 25 Proz. beschloßen.

Wir wollen den Prinzipalen hier nichts mehr vorrechnen, es wird sich ihnen weniger zeigen, ob denn alle Schlagwörter an ihnen unbenutzt vorübergehen. Leipzig ist ja nicht Deutschland, wie das auch von der Leipziger Opposition in der Geschäftschaft gilt. Die Geschäftsvertreter werden wieder keinen leichten Stand haben, durch die üblichen Vorzeichen zumal nicht, der Leipziger Fragebogen aber wird ihnen die Situation nicht erschweren!

### □ □ Zur Tarifauschussung □ □

**Alte Gesichtspunkte für uns und die Prinzipale**  
Daß wir Buchdrucker als „Pioniere der Arbeiter“, als diejenigen, die mehr Geistes- als Maschinenarbeit verrichten, so niedrig entlohnt werden, ist unsegbare Tatsache, nicht etwa, weil wir es selbst fühlen, sondern weil uns dieses auch von andern Berufen vorgeworfen wird.

Bei den Tarifauschussberatungen ist den Prinzipalen dies alles und noch mehr zu Gemüte geführt worden. Ja, man hat am liebsten Material aufhören lassen, sobald irgend ein gewisses Minimum anzuweisen ist. Aber es hat alles nichts geholfen. Die Lohnsätze sind immer noch zu niedrig geblieben.

Wir sagen uns: Ist die Bezahlung so gering, dann wird auch das Rechtsbewußtsein der Arbeiterkraft schwinden und die Arbeitslust ebenfalls. Ist es da vernünftig, wenn z. B. ein Familienvater allen Ernstes darüber nachdenkt, wie er seine Familie klein hält? Wagt nicht in diesem Moment allein schon eine ernsthafte, ständige Gefahr? Ist es nicht wiederum eine Schande, wenn man, um den Verlust zu heben, alle Räume vermieten muß, um zu Geld zu kommen? Soll das noch Familienleben bedeuten oder nur eine Art von Kasernenleben, wo auch alle Sorten Menschen beieinander wohnen müssen?

Und wie sieht es mit der Grogene? Kann eine Hausfrau noch ihre Mäde, die Unterwäsche der Familie überhaupt ergänzen, wenn die Textilien einfach wohnung im Preise steigen? Wenn die Kollegen ein vierstöckiges Haus in einer Kleinstadt sehen, mag es hoch erscheinen, würde es im Gebirge stehen, könnte man glauben, daß es wirtlich ist im Verhältnis zu den Bergen. Genau so der Verdienst. Die schätzbare hohe Lohnkala der Buchdrucker verliert angesichts der Höhenkurve, die die allgemeinen Gaushaltungsartikel usw. genommen haben.

Allen Kollegen geht es so. Auch unser allgemeines Leben ist nur noch ein Vegetieren. Von Selbstkosten abwerten, Bücher kaufen, Kellen und Wanderungen macht sich gar keine Spur mehr. Das Wort „Waise“ wird zur Katkatur. Mit welchen Mitteln müßte heute dafür gerechnet werden? Alle Beiträge auf ein menschenwürdiges Dasein gehen in die Brüche.

Ja, wir wollen noch weiter gehen. Wer heutzutage noch einen festen Charakter hat, und wer nicht im Geldzug einen erbärmlichen Knacks bekommen hat, der mag etwa noch als ehrlicher Arbeiter sich durch die Welt schlagen. Aber andre, die vielleicht obendrein noch radikal gefärbt sind, bei denen ist das Rechtsbewußtsein so verschwommen, daß man in früheren Zeiten gelang hätte, diese Leute ziehen die Straße zum Lumpenproletariat.

Was allen diesen Momenten heraus ist das Kapital geworden, den Arbeiter lo zu stellen, daß die Verteilung zum Rechen des sogenannten Unterbewußtseins nicht gegeben ist.

Die Frage, ob heutzutage eine Buchdruckerfamilie mit dem tariflichen Lohn auskommen kann, ist glatt zu verneinen. Die Greibenwark im Sausball und in untrer Garderobe ist erledigt, wir stehen vor dem grauenhaften Nichts trotz allen Arbeitens. Aber wenn alles zusammenbrechen würde, leben müßten wir doch!

Wenn die Prinzipale keine Einigkeit haben, so werden sie erleben, daß allortorten der Tarif darnieder durchbrochen wird, daß wir von einer gewerblichen Anarchie sprechen können. Denn wenn einmal die Not aus höchste steigt, dann kann es leicht möglich sein, daß auch ein alter, ausgebluteter Tarif als „Reben Papier“ behandelt wird.

Es liegt an der Fähigkeit der Prinzipale, ob es dahin kommen soll, auch wenn es ihnen selbst sehr schwer werden wird. Soll der Buchdrucker eine anständige Existenz erhalten, sollen in Zukunft die Gesetze der Moral und Ethik in bezug auf Leben und Lebenslagen hochgehalten werden, so möge man mehr Kraft machen und uns den Lohn geben, der uns abhält, auf Wege zu geraten, die bis heute noch jeder anständige Mensch von sich weisen mußte.

Uferen bei Hamburg. Rudolf Schumacher.

### Prinzipalsdiplomatie

Im Streit der Meinungen wird am Beratungstische von den Prinzipalsvertretern gern bemerkt, nicht logenante Spitzenlöhne dürften maßgebend sein bei der Beurteilung des Lohnniveaus. Hierzu ein typisches Beispiel: Wir Buchdrucker im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo das Minimum als Maximum vorbestimmt, eingangs in die vorbereitende Wirtschaftsform und Arbeiterklassen: Berg- und Fabrikarbeiten. Nach in aller Erinnerung ist uns, wie unser Minimum mit seinen „Teuerungszulagen“ den Lohnkampf aufnehmen mußte mit den für uns Buchdruckerbegriffe so horrenden Millionenarbeiterlöhnen! Ähnlich liegt die heutige Wirtschaftslage dieses Bezirks wie auch anderwärts. Zwischen dem Bergarbeiter (Bauer) schließt Lohn von 30 bis 36 Mk. Bewegung sich wohl als keiner Punkt auf unterer Stufe unser Buchdruckerminimum, bis es am 8. Dezember einen kleinen Sprung nach oben machen konnte, und von hier schließlich die Höhe der andern Löhne besonders kann, bis auch unsre Prinzipale aufwachen. Ist das eine Spitzenlohnpolitik, wenn wir, eingangs in vorbereitende andre Arbeiterkreise, auch nach Licht und Sonne forschen?

Bedeutende Verbesserungen, auch für Nacht- und Überarbeit, sollte nach dem Schlußprotokoll das Ergebnis der letzten Tarifauschussung gewesen sein. Versuchen wir die Ausschläge für Nacharbeit! Früher 15 bis 25 Proz. auf den Gesamtlohn, jetzt die prozentualen Stundenzuschläge — eine direkte Verkleinerung schon bei nächstgüter Betrachtung. Nach der neuen Buchstabenberechnung des Entzils würde somit ein erhöhter früherer Nachzuschlag abgezogen werden müssen, ein neuer, vermindertes Nachzuschlag zur Verrechnung kommen, so daß in diesen Fällen durch diese Berechnungsweise die Kollegen noch nicht einmal in den Genuss der ihnen tariflich zugesicherten Teuerungszulage kommen.

Dagegen stellt die Entschädigung für Sonntagsarbeit eine wesentliche Verbesserung dar. Soll mit diesen Bestimmungen nicht ein weitestgehendes Diplomatenrecht der Prinzipalsvertreter den Sieg erringen haben? Uns befreitbar besteht die Tatsache, daß in Zeitungsbetrieben, und hier bei Doppelschichten, der Abschaffung der Nacharbeit ganz beherrschende Schwierigkeiten entgegenstehen und nur eine Verbesserung dieser Arbeitszeiten eintreten könnte. Der Sonntagsarbeit dagegen sind nur auf Gehilfenstelle die größten Feinde entstanden. Wenn bis jetzt die Beibrühungen zur Beteiligung der Sonntagsarbeit nicht einmütig unterstellt wurden, so fiel bei vielen Kollegen der finanzielle Nachteil ins Gewicht. Das hat den Prinzipalen Veranlassung gegeben, die Entschädigung für Sonntagsarbeit noch zu erhöhen, um die Bestrebungen zur Beteiligung derselben zu verhindern; denn in der heutigen Zeit des Materialismus wird der materielle Vorteil für die Kollegenchaft immer im Vordergrund stehen. Unzweifelhaft hat Zweckes mit einem Schläge erreichen wollen; die Gegnerchaft gegen die Sonntagsarbeit zu vermindern, ohne einen finanziellen Nachteil zu erleiden, indem die Sonntagszuschläge erhöht, die Nachzuschläge vermindert wurden.

Gehilfenvertreter, also die Augen auf und schärft das Ohr, damit diesmal nicht die Prinzipalsdiplomatie, sondern die curia das Geld behauptet.

Welfenkirchen. H. L.

### Öhrere Teuerung — Höhere Teuerungszulagen!

Obwohl unsre letzte Teuerungszulage bis 31. März vorgelesen war, macht sich durch die ungeheure Preissteigerung sämtlicher Lebensartikel ein früherer Zusammentritt des Tarifauschusses erforderlich. Trotzdem ist es jetzt schon wieder etwas zu spät, denn die meisten andern Berufs- und andern Arbeiter haben bedeutende Lohnherabsetzung seit Januar oder Februar 1920 erhalten. Für die nächste Zulammenkunft des Tarifauschusses möchte ich den Gehilfenvertreter aus Herz legen, sich diesmal nicht wieder mit einer Teuerungszulage von etwa 20 oder 30 Mk., und diese womöglich noch einmal gestaffelt, zu begnügen. In der Lohnfrage lassen uns jetzt die meisten Arbeiter weit hinter sich zurück.

Wir wären vielleicht schon zufrieden, wenn wir uns in bezug auf Entlohnung den einfachsten Situationsarbeitern gleichstellen könnten. Diese haben wenigstens für die Weiterbildung keine Ausgaben mehr, die doch bei uns ganz hübsche Pöcher in den Geldbeutel reiben. Von den andern Medrassgaben, die wir noch haben, soll gar nicht die Rede sein.

Würde es denn den Prinzipalen so schwer fallen, die Preise für Drucksachen derartig zu erhöhen, damit sie uns so entlohnen könnten, daß wir ein menschenwürdiges Leben zu führen imstande wären? Nach dem heutigen Minimum ist dies nicht der Fall! Jedenfalls liegt gewiß, daß bei solchen Löhnen die Arbeitsfreudigkeit und Schaffenslust der Kollegen nicht gehoben wird.

Also, Gehilfenvertreter, rednet es den Herren Prinzipalen haarscharf vor, wenn sie so mit Blindheit geschlagen sind, daß sie unsre traurige Lage nicht übersehen können, wie mit unrem Lohn auskommen ist.

Klingensbühl-Grundhöra. Q. L.

### Aus der Rheinpfalz

In Anbetracht der Wünsche aus dem neuen Saarstaats seien auch die maßgebenden Stellen auf die Verhältnisse in der Rheinpfalz hingewiesen. Daß auch hier nicht Milch und Honig fließen, hat der bayerische Landtag in einem Beschlusse dokumentiert, der den bayerischen Beamten und Staatsarbeitern in der Rheinpfalz „in Anbetracht der außergewöhnlichen Teuerungsverhältnisse“ ab 1. Januar 1920 einen Zuschuß von jährlich 1200 Mk., zahlbar in monatlichen Raten zu 100 Mk., zuspricht. Hiermit ist amtlich anerkannt, daß in der Rheinpfalz die Teuerungsverhältnisse im Gegensatz zu dem Deutschland rechts des Rheines ganz abnorme sind. Auch hier hat man unter dem niedrigen Baufußland unsrer Mark schwer zu leiden, indem gerade die an der eisabholringlichen Grenz liegenden Städte von Bauwebern aus dem benachbarten Elsaß geradezu überfüllt werden, die hier ihre Einkäufe besorgen. Tagtäglich kann man ganze Prozessionen von Gläsern beobachten, die mit deutschen Waren aller Art schwer beladen, dem Bahnhofe zustreben. Hauptsächlich kommt hier das Städtchen Landau in Betracht, das als Sitz der Teuerungsbekörde der Rheinpfalz außerdem noch in Mitleidenchaft gezogen wird durch die große Beklagung.

Daß dadurch im Verhältnis zu andern Orten im Deutschen Reich die Wohnungsnot eine noch viel größere ist und in Zusammenhang damit die Steigerung der Mieten, unterliegt wohl keinem Zweifel. Der bayerische Landtag beschließt sich in nächster Zeit mit einer Neueinteilung der Serisklassen, und hierzu liegt der Antrag vor, die sämtlichen größeren Städte der Pfalz in die Klasse A zu versetzen, während die übrigen Orte in die Klasse B aufgenommen werden sollen. Daß dieser Antrag zum Beschluß erhoben wird, ist so gut wie sicher.

Wenn auch auf die Preise der einzelnen Lebensmittel nicht näher eingegangen werden soll, so sei aber doch angeführt, daß sie durchweg höher sind als im unbedeutenden Deutschland. Da aber andererseits von selten der pfälzischen Kollegenchaft nicht dem Wunsch Ausdruck gegeben werden kann, daß speziell für die Rheinpfalz eine besondere Zulage in Betracht kommen könnte, so wäre es doch angebracht, wenn die pfälzischen Druckorte in die auch vom Tarifauschuss anzuerkennenden Serisklassen aufgenommen würden, wie sie vom bayerischen Landtag festgelegt werden.

Landau (Pfalz). †

### Zur Ferienfrage

In treffender Weise gab in Nr. 20 des „Korr.“ der Kollege aus Bamberg in nur wenigen Zeilen zu verstehen, daß bei der Ende dieses Monats stattfindenden Tarifauschussung eine ganz wesentliche Abänderung in der Urlaubsgewährung vorgenommen werden muß. Und dieses mit vollem Recht. Ich möchte zu dieser Sache, noch folgenbes hinzufügen: Als während des letzten Sommers für uns Buchdrucker mit Ach und Krach endlich die Ferien Allgemein gut wurden und tarifliche Gesetzeskraft erhielten, da wurde auch gleich auf eintretende Ungerechtigkeiten hingewiesen. Alle Kollegen, die zwei oder drei Jahre oder so ungelähr, ich habe die Anzahl der Jahre nur beliebig herausgegriffen, um nur leile Rückschlüsse zu zeigen, sollten doch Ruhetage des vollen Urlaubs werden. Haben sich Kollegen in diesem Zeitraum in einem Geschäftsbereich bewährt, dann muß ihnen auch volle Gleichberechtigung in dieser Angelegenheit gesichert werden. Die Ferien fallen in die schönste Sommerzeit, die Zeit, die man in Buchdruckerkreisen die Sauregurkenzeit nennt. Wer möchte wohl das Gegenteil behaupten, wenn ich sage, und das trifft besonders in den Provinzdruckereien zu, in 90 von 100 Fällen ist das gedachte Ziel, während der Ferienzeit stellungslosen Kollegen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, doch nicht erreicht worden. Hier müssen die im Geschäftsalter jüngeren (in Wirklichkeit oftmals ungelähr) Kollegen mit für die älteren eintreten, möge also im umgekehrten Fall auch das gleiche Verhältnis eintreten. Also weg mit der Stafflung auch in der Ferienfrage. Sie hat in der Lohnregelung bis in die jüngsten Tage genug Staub aufgewirbelt und ist leider bis zur Stunde auch noch nicht ganz abgeschafft worden.

Küßtriu. R. K.

Die Diskussion zur Tarifauschussung ist hiernit geschlossen, da wegen Ausfalls der Donnerstagnummer weitere Artikel zu spät erscheinen würden. Nach Abklaus vorliegender Nummer eingegangene sind also als erledigt anzusehen. Die Redaktion.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Borna bei Leipzig. Die am 17. Januar vom hiesigen Ortsverein abgehaltene Jahreshauptversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Nach der Eröffnung des Jahres- und Jahresberichts wurde der Gesamtvorstand durch Zufall wiedergewählt. Der Posten des zweiten Vorsitzenden wurde neu besetzt. Die Satzungen des Ortsvereins des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden verlesen und aufgegeben. Infolge Einführung des „Korr.“-Obligatoriums und Erhöhung des Frankengeldzuschusses von 50 Pf. auf 1 Mk. täglich wurde der Ortsvereinsbeitrag um 10 Pf. erhöht. Einer Anregung aus der Versammlung folgend, die früher hier bestandene Typographische Vereinigung wieder ins Leben zu rufen, wird das Werkere veranlaßt werden.

Bremen. „Wie stellen wir uns zu der neuen Teuerung?“ Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich eine



am 13. Januar abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung, die auf Antrag aus Mitgliedsanträgen einberufen worden war. Von den Antragstellern wurde ausgeführt, daß man nicht die Absicht habe, die zentralen Abmachungen zu brechen oder den augenblicklich in Berlin schwebenden Verhandlungen zuvorzukommen, sondern die Not zwingt dazu, sofort zu handeln. Bis zum Inkrafttreten des Beschlusses der Arbeitsgemeinschaft könne noch eine Zeit vergehen, demgegenüber aber die Forderung schon am 1. Januar eingetretet sei, weshalb eine höhere Zulage auch schon jetzt erforderlich sei. Der Zweck sei also, dem demnächst ja doch in Wirklichkeit tretenden Beschlüsse der Zentralarbeitsgemeinschaft frühere Wirksamkeit zu geben — ein Verlangen, das schon deshalb Berechtigung habe, weil die Unternehmer die kommende Zulage bereits in ihre Preisberechnungen ein kalkuliert hätten. Obwohl vom Vorstande gerufen wurde, den Antrag abzulehnen und erst den Ausgang der zentralen Verhandlungen abzuwarten, und zweitens aus tatsächlichen Gründen, wurde er doch fast einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde in Verbindung mit einer Kommission beauftragt, sofort Verhandlungen mit den bisherigen Prinzipalern anzubahnen und eine Forderung von 30 Mk. Lohnerhöhung pro Woche zu stellen. Anschließend fand noch eine längere erregte Aussprache über die Königsberger Bewegung statt. Zu Beginn der Versammlung teilte Vorsitzender Kersch mit, daß, da eine Möglichkeit zu einer Versammlung nicht mehr vorhanden gewesen wäre, die Vorstände der graphischen Verbände hier am Orte gemeinsam eine Protestresolution gegen die beabsichtigte Beschränkung der Rechte der Betriebsräte in Setzungsbetrieben an die Fraktionen der beiden sozialistischen Parteien sowohl als auch an den Sozialen Ausschuss gelangt hätten.

**Danzig.** Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar statt. Nach Erledigung einiger Neuaufnahmen wurden die Berichte des Vorstandes entgegengenommen. Derselbe wurde weiter bestätigt und soll die Geschäfte so lange weiterführen, bis eine vollständige Klärung der Verhältnisse im Freistaate Danzig eintritt. Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Danzig, trotzdem es ein Freistaat ist, auch weiterhin bei der Zentralorganisation verbleiben wird. Ein Antrag auf Einberufung des Tarifauschusses wurde angenommen, da die Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse weiter gestiegen sind und mit den jetzigen Löhnen kein Ausgleich geschaffen werden kann. Die Konjunktur am Orte kann als gut bezeichnet werden. Die Betriebsräte im graphischen Gewerbe haben sich zusammengeschlossen.

**Dortmund.** Über „Ausblick auf die Berliner Tagungen“ referierte unser Gauvorsteher Albrecht (Köln) in unser von etwa 200 Mitgliedern besuchten Generalversammlung am 18. Januar. Reicher Beifall lohnte dem freisinnigen Redner für seine Bemühungen. Für die rückbleibenden kleineren Gewerkschaftsgruppen wurden 200 Mark aus der Ortskassa bewilligt. Nach Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes einigte man sich in Anbetracht der vorgezeichneten Zeit dahin, die Neuwahl des Vorstandes bis zur Februarversammlung zu verschieben.

**Duisburg.** Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Dem Gauvorstande wurden drei Kollegen zur Aufnahme empfohlen. Aus Anlaß der zehnjährigen Tätigkeit im Vorstand überreichte Kollege Gerner unser anerkennendes Wort an unsern Vorsitzenden Pafelki sowie unsern Bezirkskassierer Kesselhut ein kleines Andenken. Der Vorsitzende dankte und bat um weitere treue Mitarbeit. Zur Ausarbeitung der Anträge zum Gaufrage wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß das Kartell sich gemäßigt sehe, einen zweiten Kartellsekretär anzustellen. Dadurch würde der Kartellbeitrag um das Doppelte steigen. Nach Begründung durch den Kollegen Fähr wurde dem einstimmig zugestimmt. Einer eingebrachten Resolution, die besagte, unsern Gauvorsteher Albrecht zu eruchen, unverzüglich beim Tarifauschuss eine den jetzigen Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu fordern, andererseits die Kollegen zur Selbsthilfe schreiben würden, wurde ebenfalls zugestimmt. Zur Unterstützung der Typographischen Vereinigung wurden 100 Mk. aus der Ortskassa bewilligt. Des weiteren wurden die Anträge zur Generalversammlung durchberaten und einstimmig angenommen. Es folgten darauf die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers. Erstere lag gedruckt vor. Bei der Vorstandswahl wurde ein zweiter Vorsitzender und zwei Beisitzer neu gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder verblieben auf ihren Posten.

**Kr. Oberfeld.** In der äußerst stark besuchten Generalversammlung erstattete Vorsitzender Weber den Jahresbericht, woraus ersichtlich, daß das verfloßene Jahr für den Vorstand ein sehr arbeitsreiches war. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Marshall, legte nach 13jähriger Tätigkeit sein Amt wegen Arbeitsüberhäufung nieder. Der Ortsverein sah ihn ungern scheiden. Kollege Wortmann stellte den Antrag, daß der Vorstand gegen die Firmen, bei denen noch heute viele Überstunden gemacht werden, laut Verordnung vom 23. November 1918 klagen vorzugehen, den Abschlußtag abzuschaffen. Am dem noch in einigen Druckereien herrschenden Überstundenunwesen gab Kollege Weber den dort beschäftigten Kollegen die moralische Schuld, da diese Überstunden größtenteils geschoben werden. Kollege M. Kraus brachte zur Sprache, daß die Entlohnung der Lehrlinge in Oberfeld noch sehr viel zu wünschen übrig ließe, da noch Firmen beständen, die ihre Lehrlinge mit 7—10 Mk. Wochenlohn entlohnen. Die Firma Siegrad (Neuentelch) beschälte sogar vier Lehrlinge und keinen Schiffsen. Vieles wurde allgemein als Ausbeutung und Schmutzkonkurrenz bezeichnet. Die Ver-

tragsmänner wurden aufgeföhrt, der vom Vorstand ausgearbeiteten statistischen Fragebogen betreffs Bezahlungsverhältnissen auszufüllen, damit bessere Verhältnisse Platz greifen. Auch wurde der Antrag gestellt, daß zu Oftern keine neuen Lehrlinge eingestellt würden. Sodann wurden fünf Neuaufnahmen vollzogen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Weber mit überwiegender Mehrheit als erster Vorhänger und als Kassierer Kollege Pesus einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag wurde ab 1. Februar auf 2,75 Mk. festgesetzt und die eventuelle Aufhebung der Bezirkskasse einer später stattfindenden Bezirksversammlung überlassen, wenn die neue Bezirkseinstellung erfolgt ist. Gegen den Antrag der Setzungsverleger, die Setzungsbetriebe von dem Betriebsrätegesetz auszuscheiden, wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die Volkshochschulkurse hin und bat die Kollegen, hieron ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

**Offen.** Unsere Hauptversammlung am 18. Januar war besonders gut besucht. Vorhänger Kraus eröffnete sie mit begrüßenden Worten. Eine besondere Ehre und große Freude wurde uns dadurch zuteil, daß wir in unserer Mitte den derzeitigen zweiten Vorhänger des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollegen Grabmann, begrüßen konnten. Auf der Durchreise begrüßten, besuchte er unsere Versammlung und hielt bei dieser Gelegenheit einen kurzen, sehr interessanten Vortrag über die augenblickliche wirtschaftliche Lage. Mit großer Spannung lauschte die Versammlung den Ausführungen aus berufsenem Mund und dankte dem Kollegen Grabmann am Schluß seiner Ausführungen durch reichen Beifall. Schade, daß der Vortrag nicht zu Anfang der Versammlung gehalten werden konnte. Er wirkte nach der zeitweise recht heftigen Debatte, in welcher besonders mit der Opposition (darf die Klinge gehreut wurde, sehr beruhigend und auch aufklärend auf die Gemüter, die mitunter sehr heftig aufeinanderprallten. Vor Beginn der Verhandlungen wurde ebendies eines verstorbenen Kollegen gedacht. Den Jahresbericht erstattete der bisherige zweite Vorhänger Weichen, den Kartellbericht Kollege Groskopf. Der Kassierbericht des Kassierers Sarms gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des neuen Geschäftsjahrs 530. Beschlossen wurde, bei Ortsbeitrag vom 1. Februar an um 10 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Sieben Kollegen wurden dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen, einer wurde ausgeschlossen. Die Vorstandswahl wurde durch Jettelabstimmung vorgenommen. Die Absicht der Opposition, den ganzen Vorstand zu befehlen bzw. die Mehrheit in ihm zu erlangen, scheiterte. Sämtliche Vorstandsmitglieder, soweit sie nicht auf eine Wiederwahl verzichteten, wurden wiedergewählt. Durch „Kompromiß-Friedensschluß“ wurden auch vier oppositionelle Kollegen auf die Liste übernommen und gewählt. Vorhänger ist wieder Kollege Kraus, Kassierer Kollege Sarms.

**Gelsenkirchen.** In unserer Generalversammlung am 18. Januar freilich Vorhänger Paul Kammerer in seinem Jahresbericht u. a. die Frage der Sozialisierung des Betriebsrätegesetzes. Der pessimistischen Annahme des Vorsitzenden, daß in der allgemeinen Arbeiterchaft und auch unter uns Buchdrucker wenig oder gar keine geeigneten Personen zu finden wären, die zur Ausübung ihrer Rechte in der jetzigen Form des Betriebsrätegesetzes die Fähigkeiten besitzen, trat man aus der Versammlung entgegen. Es wurden Kurze zur Einführung in die Funktionen der Betriebsräte angeregt. Besonders schärf wurde der beabsichtigten Entschärfung der Buchdrucker im Betriebsrätegesetz entgegengetreten und einstimmig Protest dagegen erhoben. Nach Aufnahme drei neuer Mitglieder wurde die Vorstandswahl vollzogen, aus der u. a. H. Somburg als erster Vorhänger und H. Wurmes als Kassierer hervorgingen. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten und einem Appell an die Kollegen, sich an den Fortbildungskursen der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes der Buchdrucker reger als bis her zu beteiligen, fand die aufbeschulte und ausregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Hannover.** In der Versammlung am 13. Februar, die sich u. a. mit einer Einmahnung zur bevorstehenden Tarifauschussprüfung befaßte, erläuterte Kollege Bjerre die Anträge auf Erhöhung des Lokalzuschlags für Hannover auf 20 Proz.; außerdem brachte er folgende Resolution ein: „Die Beihilfenchaft Hannover“ erwartet von der bevorstehenden Tarifauschussprüfung eine derartige Erhöhung der Feuerungszulagen, die endlich der immer mehr zunehmenden Verelendung der Buchdruckergebilden erfolgreich entgegenwirken kann.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf erklärte unser Kreisvertreter, Kollege Rolenbruch, die bis jetzt vorliegenden Anträge zur Tarifauschussprüfung, wozu sich wiederum eine lebhafteste Debatte knüpfte, welche nachstehende Anträge zeitigte: „§ 1 Ziffer 3, Zeile 8 ist dahin zu ändern, daß es an Stelle auf den Stundenverdienst, auf den Gesamtwochenverdienst setzen soll.“ Die bevorstehende Tarifauschussprüfung hat Mahnungen zu einer verminderten Einstellung von Bezahlungen zu treffen.“ Auch diese Anträge fanden einstimmige Annahme.

**Kasselerlauren.** Wegen der Verhehrschränkungen konnten die Kollegen der angeschlossenen Druckorte die Generalversammlung am 18. Januar nicht besuchen. Der Vorstand wurde bis auf einen zurückgetretenen Kollegen wiedergewählt. In seinem Jahresberichte betonte der Vorstand, daß bis auf einige Ausnahmen alle organisationsfähigen Kollegen erlabt sind. Auch in der Bauernsünderburg Offens haben wir Fuß gefaßt. Die tarifliche Ordnung hat sich, seit den Organisationen des Klagerichts zugestanden ist, sehr gehoben. Der Beitragsbeitrag wurde auf 40 Pf. festgesetzt, um den gestellten Aufgaben gerecht

werden zu können. Das Grapbische Kartell hat auch hier seine Tätigkeit aufgenommen und als erste Aufgabe die Organisierung der Hilfsarbeiter in die Wege geleitet. Um die Volksbildungsbeiträge vorwärts zu bringen, wurden vier Gewerkschaftsmitglieder in den bestehenden Volksbildungsausschub delegiert.

**Karlsruhe.** Unsere Versammlung am 2. Februar befaßte sich mit Anträgen zur Generalversammlung und der Abhaltung des Gaufrage. Die von einer Kommission bereits vorherberatenen Anträge fanden die Zustimmung, ebenso soll der Gaufrage, wie bereits früher schon seitens der Bezirksvorsteherkonferenz beschlossen, vor der Generalversammlung stattfinden. Eine rege Aussprache entspann sich über die vom Tarifauschuss festgesetzte außerordentliche Feuerungszulage und es soll der Zeit abwartend dringend erachtet werden, so schnell wie möglich den Tarifauschub zu einer Tagung zu veranlassen, die den Lobn der Buchdruckergebilden den festgelegten Preisen der Nahrungs- und Bedarfsartikel anpaßt. Die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte nähern sich mit Meilen-schritten dem sogenannten Weltmarktpreis, ohne daß die Löhne halbwegs damit Schritt halten. Dieser Kalamität muß durch Einsetzung einer Rohstoffkommission, die automatisch die Löhne den Marktpreisen anpaßt, abgeholfen werden. Angefichts der horrenden Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel war es der Versammlung unverständlich, die Beihilfenchaft mit 5 resp. 10 Mk. abzuspitzen, da eine Erhöhung des Stundenlohns von mindestens 1,50 Mk. notwendig wäre, um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen. Soll der Beihilfenchaft das Interesse an der Tarifgemeinschaft erhalten bleiben, ist eine sofortige Erhöhung der Lohnsätze absolut notwendig, die ein halbwegs fröhliches Leben garantiert.

**G. Hilt.** (Machinenleger.) Die Hauptversammlung am 18. Januar nahm die zahlreichen geschäftlichen Mitteilungen entgegen, u. a. wurde besonders auf die Statistik der Zentralkommission verwiesen. Aufgenommen wurden wiederum zwei Kollegen. Aus dem Uberschub einer Veranstaltung konnten wir den sieben Witwen unserer gefallenen Maschinenlegerkollegen je 25 Mk. als Weihnachtsgabe übermitteln. Vorhänger Witke streifte sodann die wichtigsten Ereignisse im verfloßenen Jahre, das auch an uns Maschinenlegern nicht spurlos vorübergegangen sei. In der kommenden sehr bedeutungsvollen Zeit sei es Pflicht eines jeden Kollegen, regen Anteil zu nehmen sowohl am Verbande wie am Sparwesen. Arbeitslose Maschinenleger hatten wir nicht zu verzeichnen. Sodann wurden die Vorstandswahl und die Wahl der Technischen Kommission vollzogen. Allseitig begrüßt wurde, daß die „Technischen Mitteilungen“ wieder monatlich erscheinen. Der Punkt „Verkleidetes“ wurde erneut eine Debatte über die Sonntagsarbeit. Die Aussprache spielte in einem Antrag, in dem die Abschaffung der Sonntagsarbeit auf zentraler Wege gefordert wurde. Nach Erledigung einer wichtigen internen Angelegenheit wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Endgültig erledigt ist für Leipzig nunmehr die Frage, ob Setzungsbehrtraher oder nicht. Vor überflüssiger Versammlung berichte am 17. Februar der Vorhänger Kesselbarth noch einmal über den Verlauf der ganzen Angelegenheit, verwies darauf, daß die in Betracht kommenden Personale zweimal den Streik abgelehnt haben, verzurteilt das Verhalten ausbelebender Personen, die versucht hatten, die Führung in dieser Bewegung an sich zu reißen, und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegenchaft diese Streikliste als erledigt betrachten möge. Dem stimmte die Versammlung zu, indem er n Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über die ganze Angelegenheit mit großer Mehrheit angenommen wurde. Vorher wurde ein Antrag der Arbeitslosen einstimmig angenommen, der besagte, daß a. e. Arbeitslosen reiflos in die Betriebe eingestellt werden sollen im Verhältnisse zu den darin beschäftigten Gehilfen. Den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr des Gewerkschaftskartells erstattete Kollege Kreischner. Daran knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache, in welcher allseitig der einseitig parteipolitische Standpunkt des Kartells verurteilt wurde. Bei der Wahl der Kartelldelegierten kam es zu willigen Ränzen, indem die Wahl des Kollegen Kesselbarth angezweifelt wurde, trotzdem die übergroße Mehrheit für ihn gestimmt hatte. Zwei Vorschlagslisten lagen vor, von der Gewerkschaftsleitung einerseits und der unabhängigen Parteirichtung andererseits. Am endlich einmal festzustellen, welche Richtung in Zukunft ausschlaggebend sein soll, wurde ein Antrag auf Abstimmung über die beiden getrennten Listen angenommen. Hierauf verließ die Opposition demonstrativ den Saal. Kollege Kesselbarth erstattete zum Schluß den bereits zweimal von der Tagesordnung abgelehnten Bericht über die Gauvorsteherkonferenz.

**Mainz.** Die Bezirksversammlung vom 18. Januar hatte eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Hervorzuheben ist der Punkt: „Gründung des graphischen Kartells“, das nun, nach Nominierung der Vertreter seitens der vier übrigen graphischen Organisationen (einschließlich der Rotenfecher), in aller Eile seine Arbeiten im Interesse der gesamten graphischen Arbeiterchaft von Mainz aufnehmen wird. Anschließend an diesen Tagesordnungspunkt wurde in eine Besprechung über das seitens des Sozialen Ausschusses verhandelte Betriebsrätegesetz eingetreten. Die Versammlung war der Auffassung, daß zur Befestigung jeder Ausnahmestellung der Buchdrucker in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Ante essen durch die Betriebsräte mit aller Energie darauf gedrängt werden müsse, die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes in den Tarif hineinzuarbeiten. Bei der Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung wurde von der Stellung spezialierter Anträge Abstand genommen und





# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 23 — Leipzig, den 24. Februar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Weiteres zu den Zeitungs- verboten

VIII.

Wir stellen in der vorigen Nummer Leipziger Nachrichten in Aussicht, Sie sollen mit der betreffenden Mitteilung beginnen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ selbst in kurzer, rein referierender Form das Kapitel „Leipziger Volkszeitungsverbot und Buchdrucker“ nach ihrem Wiedererleben behandle. Dagegen hat Ehren-Schilling sich in der ersten Nummer mit den sogenannten gewerkschaftlichen „Mitteilungen“ verabschiedet unter Wiederholung d. Verklärung einer Anekdote und auch Erdemagogie gegenüber dem „Korr.“. Dieser in Parteischicksaligkeit erstehende Mensch hat sich in der volkszeitungslosen Zeit papißlicher als der Papsi gebildet und augenscheinlich wieder dokumentiert, daß er das Amt eines Kartellvorstehenden nur im Sinn eines ganz gewöhnlichen Parteibausinnehmers zu führen vermag. Ob im Leipziger Gewerkschaftskartell wirklich alles mit diesem anscheinenden Radikalismus des Vorstehenden einverstanden ist? Nach Stürzinger-Mentalität, daß der Vorstehende nur der Dienstempfänger von den Besitzern ist, müßte es ja so sein, wir glauben es aber trotzdem nicht, weil wir zu genau wissen, daß in der „richtiggebenden“ Leipziger Arbeiterbewegung die Herrschaft einzelner maßgebend ist und fast zaristischen Charakter hat. Man weiß es noch aus den „groben Tagen“ des Leipziger Arbeiterrates, als der junge Geiser sich mit ein paar Nullen als Direktorium eingeleitet hatte — Verschönerungskomitee nannte in öffentlicher Versammlung der gemäßigtere Geiser diese Diktaturwirtschaft —, was alles in Leipzig möglich ist. Das hat „Ehren-Schilling“ jetzt in seiner Weise auch wieder exemplifiziert.

In den „Mitteilungen des Leipziger Gewerkschaftskartells“ brachte er unter seinem Namen am 14. Februar eine Notiz, die schon in der Überschrift „Zum Zeitungsstreik“ den Mann auf dem Karussell zeigt. Von einem „Zeitungsstreik“ zu reden, wäre nur dann möglich, wenn die Zeitungsverleger ihre Blätter nicht herausgeben würden. Es sollte aber umgekehrt kommen, wenn es nach Schilling gegangen wäre, nämlich die Zeitungsverleger sollten streiken. Den Kollegen Hesselbarth zu warnen, über die „Lügenbrüder“ zu gehen, ist eine der Schilling'schen Unterforderungen, die er ohne Balancierfange fertig-bringt, wenn er auch dabei nicht das erhoffte befallsreudige Publikum findet, wie sich in der Saumlitzerversammlung vom 10. Februar gezeigt hatte. Aber das Ergebnis dieser Versammlung äußert er sich in seiner Notiz so erfreut, daß ihn der Teufel riß, von dem „Arger einer unterliegenden Minderheit, die es nicht versteht, in Schönheit zu sterben“, zu sprechen. Wer zuerst lacht, lacht am besten, und so ist es nun an Schilling, in Schönheit zu sterben, aber er versteht das gleich gar nicht.

In seinem Monitor berichtete Schilling am 16. Februar über die tags zuvor von ihm abgehaltene Paroleausgabe an die widerborstigen Zeitungsverleger. Der Wille, mit der gesamten Leipziger Angestellten- und Arbeiterchaft den Kampf für die Pressefreiheit zu führen, wäre klar zum Ausdruck gekommen, und die Notwendigkeit der Solidarität der Buchdrucker mit der übrigen Arbeiterchaft ganz besonders hervorgehoben. Dabei haßte er zu vor mitteilen müssen, daß die rechtssozialistische „Freie Presse“ überhaupt nicht vertreten war sowie von zwei Personalisten die scharfsten Vorwürfe an seine Streikorder. Den Eintritt für diese vermochte er von keinem Personal zu melden. In Buchdruckerkreisen hat man darüber gelauscht, wie mit solcher Durch und durch unlogischen Schreiberei Schilling über die Lügenbrüder tänzelse.

Am 17. Februar, nur einige Stunden vor der für ihn so unglücksvollen letzten Buchdruckerversammlung, spielte er noch einen Tramp auf mit einer Denunziation gegen uns: „Die übliche Korrespondententat“. Wir hatten am gleichen Tage Schillings dichten Schwindel über den unfähigen Verbandsvorstand aufgedeckt und ihn wegen ähnlicher Lügenbeutefelen kräftig abgeburstet. Das wollte er jedoch nicht als die „übliche Korrespondententat“ seinen Vorstandsleiter mitteilen, sondern er hatte bei Wender eine Anleihe aufgenommen und eine von uns verbrochene Denunziation erlunden. Wir sollten angeblich keine gewerkschaftliche Solidarität kennen, selbst da nicht, wo „dringende gewerkschaftliche Notwendigkeiten vorliegen“. Deshalb hätten wir die „Mitteilungen“ des Kartells, deren Ziel Schilling bei dieser Gelegenheit nicht einmal genau wiedergeben vermochte, wie es bei ihm auch sonst quirlte über das Stattfinden der Buchdruckerversammlungen, „gewissermaßen als Volkszeitungsverlag“ bezeichnet und von ihnen als von einem „täglich erscheinenden“ Blatte gesprochen, und so den Belagerungszustandsgewaltshaber indirekt aufgefordert, den „Mitteilungen“ den Garaus zu machen“. Schilling krabbel aber nicht um lediglich dieses „Verbrechen“ an, sondern meint: „Diese Denunziation paßt durchaus in die gewerkschaftliche Richtung“, die der „Korrespondent“ einhält“. Er geht also gleich auf die ganze Richtung los, die den Diktator Schilling und Genossen so gar nicht paßt. Wir haben uns beim Lesen dieses Geschreibels nur über die Frechheit seines Urhebers gewundert, der

dem Denkmögen der „hochstehenden Leipziger Arbeiterchaft“ damit wahre Keulenschläge verleiht.

Am Nachmittage des 18. Februar erschienen die Schilling'schen „Mitteilungen“ zum letztenmal. Aber die von den Morgenblättern schon gemeldete Niederlage der Buchdruckeropposition in der Versammlung am 17. Februar und die endgültige Eintragung des Streikplans für die Zeitungsverleger als Gebot der Leipziger „Mitteilungen“ besand der Kartellgewaltshaber, daß Schillingen und Dummköpfen nun das Balle sei. Es ist ja so schwer für eine Minderheit, in Schönheit zu sterben...

In der ersten Nummer der „L. V.“ nach ihrem Wiedererleben (19. Februar) hat Ehren-Schilling aber noch einmal zeigen wollen, daß er zu einem Redakteur ebenso geeignet ist wie einer seiner Freunde während der gloriosen Generalfreihändlatur zum Pressebegleitenden des allgewaltigen Arbeiterrates. Wieder weiß er in dem den „Mitteilungen“ des Leipziger Gewerkschaftskartells gewidmeten Abhiebswort deren Titel nicht richtig anzuführen. Wieder muß der „Korr.“ mit der „lieblichen Denunziation“ der „Mitteilungen“ beim „Belagerungszustandsgewaltshaber“ — ein unbedingt potenziertes Schilling'sches Wortungestüm — verhalten, welche Mühsal („die „Mitteilungen“ über die Klänge des Verbots springen zu lassen“) indes durch Wiedererleben der „L. V.“ vereinfacht sei: „Kienzelnend bleibt aber die wackere Korrespondententat als Ausfluß einer Anschauung, die in der Gewerkschaftsbewegung glücklicherweise wenig Boden haben dürfte“. Zwei Tage zuvor kam noch eine ganze gewerkschaftliche Richtung mit in den Geruch unserer Missetat. Das sollte leidet sich Schilling jedoch in dieser Notiz mit der Bemerkung, daß die maßgebende militärische Stelle nichts an den „Mitteilungen“ auszuleihen gewußt habe, daß ihre tägliche Herausgabe notwendig gewesen sei; dem „Korr.“ blieb es aber vorbehalten, „gegen die „Mitteilungen“ mit einer Denunziation (geperrt) an die Militärbehörde vorzugehen“. Bei diesem Schwanzengelange hat Schillings Drang zum Denunzieren anderer ihm jedoch einen bösen Streich gespielt, indem er selbst zugibt, daß der militärische Gewaltshaber gegen die „Mitteilungen“ nichts einzuwenden gehabt habe, was doch genaue Kenntnis von allem voraussetzt. Er mußte sie ja haben, denn alles, was während der Verbotszeit in der Druckerei der „L. V.“ hergestellt wurde, unversiegelt, schon an Ort und Stelle einer geeigneten Kontrollen, also auch die „Mitteilungen“ des Gewerkschaftskartells. Es ist deshalb hellster Blödsinn, aus unserer einmaligen nebenläufigen Bemerkung von dem Erscheinen der „Mitteilungen“ „gewissermaßen als Volkszeitungsverlag“ und ihrer täglichen Herausgabe eine Denunziation zu machen bei einer Behörde, die bis ins kleinste wissend war, was auch Schilling wohl bekannt ist. Schilling überlegt sich für diese gelingensfähige Lünnelei gegen den „Korr.“ aber sogar selbst, indem er die zwei fe Denunziationsnotiz mit dem Satz beginnt:

Da wegen des Verbots der „Leipziger Volkszeitung“, dem Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften, die Gewerkschaftsmitglieder ohne Kenntnis der Vorgänge in ihren Berufsorganisationen waren, gab das Leipziger Gewerkschaftskartell eigene Mitteilungen heraus.

Der Volkszeitungsverlag also galt gegeben von Schilling selbst! Man kann sehr darüber streifen, ob die „L. V.“ das Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften ist, wie auch Schillings Plakate zu Anfang des Verbots mit der Selbstständigkeit der Gewerkschaften nicht zu vereinbaren gewesen sind, aber nach der in Leipzig vorhergehenden Mentalität ist Schilling doch selbst der beste Kronzeuge für das von uns Belastete. Wir könnten noch andre Umstände dafür anführen, die jedermann kennt und die meisten auch in Ordnung finden, doch sehen wir davon ab, weil der Prachtzeuge Schilling alles so gut befolgt zu unserer Verteidigung — gegen sich selbst. Wie er auch das Selbstwiderlegen nicht zu überbieten gründlich versteht. Man wird draußen nicht verstehen, wie ein Mann sich öffentlich so bloßstellen kann. Das ist ja aber das Unbegreifliche an dem Leipziger fanatischen Radikalismus, daß er die Umwelt in seiner Blödsinn gar nicht beachtet. Wäre der Leipziger Kartellvorstehende nicht ein solcher Erdemagog, könnte man Mitleid mit ihm haben, wie er sich durch seine eignen Schreibereien die journalistische Impotenz so augenfällig bescheinigt hat. Gott sei Dank sind die Tage des Volkszeitungsverlages nun vorüber, und Schilling hat sich als Redakteur, Scharfmacher und Profiteurefährlicher nicht nur unheimliche Blamagen geholt, sondern er liegt auch da auf der Wahlstalt und hat Arm und Bein gebrochen, diemell er über die Lügenbrüder hurtig hin- und hergelaufen ist und nicht sein nicht locker lassender Widerspruch Hesselbarth, den er glaubte, schon vor einmaligem Bestehen warnen zu müssen. Der in Wiederholung verübte Denunziantenstreich gegen den „Korr.“ darf dem warmen Buchdruckerfreunde aber nicht mit seiner geistigen Inferiorität entschuldigt werden, weil aus dem ganzen Menschen eine Gemütsstelle spricht — nicht nur in dem uns hier beschuldigenden Betracht —, die klassischen „Selbengestalten“ wie Franz Moor, Wurm und Jaga sogar Konträrrens macht! Mit einem solchen Mann an der Spitze können die Leipziger Gewerkschaften nie die innerliche Verantwörtlichkeit erlangen, ohne die schließlich alles nur Strophusarbeit bleibt.

Die Mehrzahl der in letzter Zeit verhängten Zeitungsverbote ist inzwischen wieder aufgehoben. Nur vereinzelt berichtet die Tagespresse noch über neuere Verbote, z. B. in Hanau und in Hensburg. In letzterem Falle war eine sich gegen die Wäner richtende Lokalmotiv die Veranlassung zu einem befristeten Verbot des „Hensburger Tageblattes“ durch die internationale Kommission.

## Wir Radikalen

Radikal sein, heißt gründlich sein. Im Anlange der Tarifgemeinschaft zogen wir, das Käuzel auf dem Buckel, Verbandsbuch und Kellestigmation in der Tasche, die Landstrosen kreuz und quer. Machen dort halt, wo uns Konditionen geboten wurde, und forschen auf Grund unfres Radikalismus dafür, daß uns unser tarifliches Recht wurde, und halten den Jaghaffen, ihr Recht zu verlangen. Oft genug verhielt der Prinzipal auf unsre weitere Mühsal, nachdem er erkannt, daß wir zu den sogenannten „Sehern“ gehörten. Dann packten wir wieder das Käuzel und mit neuer „Geist“ ging es weiter.

Nicht allein auf Deutschland beschränken wir unsre „beherliche“ Tätigkeit, d. h. die Zuklebenen aufzurufen, sie darauf aufmerksam machend, daß zum Leben mehr gehört als Arbeit, Essen und Schlaf. Zu keiner Versammlung fehlten wir, für uns als Verbandsmitglied war es Ehrensache, mitzuhelfen am Aufbau des Sozialismus, unter dem wir das Streben nach vollkommenstem Lebensgenusse verstehen. Derweilen arbeiteten wir rastlos an uns selbst, uns zu bereichern mit Wissen aller die Menschheit berührenden Fragen, bildeten unsre technischen Fähigkeiten radikal, d. h. gründlich aus, um gewappnet zu sein im Daleinschlepp. Wir Radikalen erkannten, daß Fluktuation steigend auf die Löhne wirkte und wußten, daß man uns nicht um unsrer schönen blauen Augen willen den höheren, über Tarif hinausgehenden Lohn zahlen, sondern daß man auf Prinzipalsseite lob, daß Kenntnisse und erhöhtes Pflichtgefühl, d. h. Lust an der Berufsarbeit, bei denjenigen mehr anzukletten war, die auf Grund erworbenener Kenntnisse und Wissen auch mehr Ansprüche ans Leben stellten, zu deren Befriedigung das „Mam“ nicht ausreichte.

Nicht selten geschah es, daß wir Konditionen in Druckereien annahmen, wo uns die älteren Kollegen, die dort gelernt und nicht weit über ihre engere Heimat gekommen, zu Beginn unsrer Tätigkeit nach der Höhe unfres Lohnes fragten und nicht wenig erstaunt waren, daß der „Neue“ mehr bekam als sie, die oft jahreslang zum Minimum oder einer Mark darüber arbeiteten.

Als das veranlaßte uns Radikale, unsre Kollegen zum Radikalismus zu erziehen, damit sie erkennen lernen, daß unser Streben nach Sozialismus, d. h. nach vollkommenstem Lebensgenusse, kein Kampf gegen sie, sondern Kampf gegen den Kapitalismus, den Unternehmer, bedeutet, der uns diesen vollkommensten Lebensgenuss verlag, um ihr desto ungeförter selbst genießen zu können. Also, nicht gegen einander, sondern miteinander wollen wir zum Erlaben des Sozialismus kämpfen. Dies der Standpunkt eines Radikalen oder Gründlichen den Kollegen gegenüber.

Nun der Standpunkt der Gründlichen den Tarifbewegungen gegenüber. Wieviel häßliche Worte sind den wenig beneidenswerten Gehilfenverretern gegenüber von uns Radikalen schon gebraucht worden! Von meiner Seite aus kann ich aber versichern, daß in der Höhe des Gehalts dem Gehilfenverreter gegenüber gefallene häßliche Worte sich nie auf die Person des Belegelagten bezogen, sondern immer nur gegen die zur Debatte stehende Sache gerichtet waren.

Dem Radikalen passiert es oft, daß ihm kurz vor Abschluß einer Kondition der Bescheld wird, daß der fragliche Posten „leider schon besetzt“ sei. Doch besser Zeugnisse und anerkannt guter Probearbeiten gelangt es dem Radikalen (falls er auf der „Schwarzen“ steht) selten, einen seinen Fähigkeiten in (technischer Begabung) entsprechenden Posten zu finden, besonders wenn es sich um leitende Stellung handelt.

Wenn dann noch ein Gehilfenverreter dem Radikalen allen Ernstes ins Gesicht sagt, daß er sich (schleimig) aus seinem Kreis entfernen möge, da er auf Grund der Erwählung von Sabotage in einer Versammlung auf Kondition in diesem Kreise nicht mehr rechnen könne, höre die Gemütslichkeit auf. Weib man auf Gehilfenverreterseite nichts von der Sabotage auf Unternehmenseite? Dem Radikalen fehlt es nicht an Gründen zum Mithrauen gegen seine Führer, auch in betreff der letzten Tarifauschließung nicht.

Von allen Seiten bombardiert man uns, daß unser Deutschland verarmt sei und nur rastlose Arbeit und Entbehrungen uns vor dem allgemeinen Bankrott retten könnten. Das steht auch der Radikale ein. Was er nicht einsehen kann, ist die Tatsache, daß der Unternehmer nach wie vor die besten Brocken vom Tische des Lebens für sich beansprucht und uns die übrigbleibenden Bröcklein „gibt“.

Verbandsleitung, Gehilfenverreter und „Korr.“-Redaktion möchte ich ans Herz legen, daß das Verantwortlich-

Wohlfühl auf Seiten der Radikalen (abgesehen von den letzten Vorarbeiten) nicht weniger ernst genommen wird, als auf der andern, der Führerseite.

Wollt ihr also, daß die zentrale Strohkrone erhalten bleibt und sich nicht in drückenden Millionen verbluten soll, dann erhebt auf der kommenden Generalversammlung mit uns Radikalen zusammen die Forderung an die Prinzipale: „Ruh! uns die Not gemeinsam fragen, dann geht der Aufbau unres. schönen Gewerbes auch sicher ohne schwere Erschütterungen vor sich. Zeigt ihr Prinzipale aber, daß ihr uns Gehilfen zumutet, den größten Teil der Not zu tragen, dann haben wir an der Ruhe im Gewerbe zu euren Gunsten kein Interesse mehr.“

Wir Radikalen wollen wie bisher zäh und zielsicher an der Radikalierung, an der Gründlichkeit unrer Strohkrone weiterarbeiten, damit sie nicht wie bisher kampflos und opferlos von dem getrieben werden, was stiller, operativer Kampf erledicht.

Und ihr, die es angeht, mehrt euer Wissen, sucht die Höhe technischer Vorkenntnisse zu ermitteln, damit ihr einwirken könnt in die Reihen der Radikalen, um Mithilfe zu leisten beim Aufbau des Sozialismus. Unübersehbar soll ist das Geld der Zukunft, das der Mitarbeit aller bedarf, sollen die Früchte allen zugute kommen.

Das ausgeführte Gleis unrer Lohn- und Preispolitik im Buch, wie in andern Gewerben müssen wir verlassen, unser Verbandsstatut soll sich dem Geiste der neuen Zeit anpassen, wollen wir Buchdrucker untern Ruf als „Pioniere der Arbeiter“ wieder ausstrahlen.

Über von nichts kommt nichts. Glauben doch so viele, daß, die „andern“ werden es schon machen! Täuscht euch nicht, jeder einzelne muß eifrig mitarbeiten in der geschlossenen Reihe, damit diejenigen, die da glauben zu schweben, merken, daß eigentlich sie die „Geschobenen“ sind.

Der Erfolg ist auf unrer Seite, wenn ihre eure Mühseligkeit abtrotzt, wenn ihr Männer werdet, Persönlichkeiten, die fest auf dem Boden der Tatsachen wurzeln. Ehrliches Wollen, tüchtige Tat mit stiller Kraft, ruhend auf gutem Wissen und Opferfreudigkeit, sind die Quellen des gesunden Radikalismus.

Breslau. Willi Rippel.

Anmerkung der Redaktion: Wenn man Radikalismus mit Gründlichkeit überlegen will, so ist das nicht über. Wird indes von einigen Ausschüssen des Verbands übergeben, so macht sein radikales Glaubensbekenntnis eigentlich für das aus, was namentlich selber jedes richtigen Verbandsmitglied selbstverständliche Pflicht war. Die meisten älteren Verbandskollegen, die ebenso wie der Zeitschriftredakteur auf die gewerkschaftliche Schutzhülle gelang, werden demnach keinen Wert darauf legen, als radikal im hergebrachten Sinne des Wortes zu gelten.

## Nochmals: Druckereikontrahentengestellte

Die Bildung einer aus Faktoren, Betriebsbeamten, Kalkulatoren, Reisenden zusammengesetzten Faktorenpartei innerhalb des Verbandes, wie sie der Köhler Kollege in Nr. 15 vorschlägt, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es handelt sich hier meistens um Kollegen, welche aus dem technischen Betriebe hervorgegangen sind, also eine langjährige technische Erfahrung haben. Der Zustand muß beseitigt werden, daß diese Spezialstellungen im Beruf all und jeder wirtschaftlichen, vielfeicht auch gewerkschaftlichen Grundlage entbehren und demzufolge in der Behandlung der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind.

Wohl hat die Entlohnungsweise z. B. der Faktoren durch deren Vertragsgemeinschaft mit dem Buchdruckerverein eine gewisse Regelung erfahren, ebenso wie für kaufmännische Angestellte zum Teil Tarife bestehen; es sind jedoch für die Betroffenen derart narbige Sätze festgelegt, daß man wirklich nicht weiß, was man mehr bewundern soll: die Naivität der Unternehmer oder die Selbstlosigkeit der Angestellten. In einer Zeit, in der alle zum Leben notwendigen Artikel um das Fünffache bis zu zwanzigfache im Preise gestiegen sind, und in der jedem Arbeiter auf den Friedenslohn der sich schon recht niedrige Feuererhöhung von mindestens 400 Proz. gewährt wird, wagt man es z. B. in Leipzig, dem technisch gebildeten Kalkulator, den man, nebenbei gesagt, unternehmerischer als leicht durchsichtigen Gründen in den Tarif für die kaufmännischen Angestellten aufgenommen wissen will, mit 725 Mk. abzupfeifen. Ist es nicht dann schon, wenn die Bildungsgemeinschaft Kurse um Kurse heranwächst, um Kollegen für die in Frage stehenden Spezialberufe vorzubereiten, die ihnen schließlich Aussicht auf eine schlechtere Entlohnung bieten als bei ihrer Tätigkeit am Schalter? Also Beweise der dringenden Notwendigkeit für die Verbandsleitung, diese Spezialberufe ihrerseits ebenso wirtschaftlich zu fundamentieren wie das bei den Seher- und Druckerkollegen der Fall ist, und zwar durch Festlegung tariflicher Sätze, die entsprechend der Verantwortlichkeit sich um 75 Proz. über dem Minimum bewegen. Gleichzeitig wäre zum Ausdruck zu bringen, daß diese Spezialstellungen nur gelerntem Buchdruckern zu übertragen sind. Also, tariflicher Schutz für die zum Teil jetzt sehr leidenden Angestellten, die in schwerster Kampfzeit und unter schwierigen Verhältnissen treu zu ihrer Organisation gestanden haben!

Leipzig.

Zeilen. In den Zeilen, in denen der Käufer nach Bergenslust auszuweichen, wäßen und mäßen konnte. Da bleibt eben vieles liegen, was den Käufern nicht gefällt, was zu teuer ist, was nicht mehr Mode ist. Der wahre Grund für das Liegenbleiben ist die Fülle, die Überproduktion (oder, wenn man mit Karl Marx sprechen will: die Unterkonsumtion, die lebende Kaufkraft breiter Volksschichten). Es ist mehr vorhanden, als die Volkswirtschaft kaufen können; es müssen also bestimmte Stücke liegen bleiben. Der Verkäufer wird sie nur los, wenn er sie billiger als andere Stücke verkauft. Das ist dennoch verkauft werden, beweist aber, daß die Fülle gar keine Fülle ist, sondern daß die Kaufkraft fehlt. Darüber kann gar kein Zweifel sein: es ist stets mehr Kaufkraft als Kaufkraft vorhanden!

Für die Wirtschaftspolitik ist daraus die äußerst wichtige Lehre zu ziehen: die Kaufkraft ist das Wichtigste in der Volkswirtschaft. Sind die Glieder eines Volkes kaufkräftig, dann steigt der Bedarf. Steigender Bedarf ist im allgemeinen ein Zeichen von steigendem Wohlstand. In diesem Sinne sind auch steigende Löhne und Gehälter fördernd für die Volkswirtschaft: Wer mehr einnimmt, der gibt, von Ausnahmen abgesehen, auch tatsächlich mehr aus. Die Mehrausgaben aber kommen den Erwerbsebenen wieder zugute.

Erfahrene Geschäftsleute wissen das, und sie sprechen das aus, aber im eignen Betrieb handeln viele nach andern Grundregeln. Sie denken, der andre, der Konkurrent, soll danach handeln, recht hohe Gehälter und Löhne bezahlen, auf daß ich davon Nutzen habe. Das ist privatwirtschaftliches Denken, und dieses privatwirtschaftliche Denken ist volkswirtschaftlich falsch. Der Volkswirt verlangt eine möglichst ausreichende Güterversorgung und sie ist nur möglich, wenn allgemein verdient wird, wenn alle möglichst viel verdienen. Wenn alle möglichst viel verdienen, dann ist die Nachfrage stets groß, dann wird abgelehnt, dann gibt es keine Ladenhüter. Bedingung ist nur, daß Brauchbares, Nütliches, Verwertbares hergestellt wird. Mit solchen Augen gesehen, erscheinen die hohen Löhne und Gehaltsforderungen in anderm Lichte. Der innere Markt ist und soll die Grundlage sein. Der geleistete innere Markt ist wertvoller als der hin- und herschwankende äußere. Außenhandel treiben wir unerkennbar, zu unrer Ergänzung, um unren Bedarf besser decken zu können. Des Eigenwohls willen treiben wir Außenhandel. Wie aber wirken hohe Löhne und Gehälter auf den Außenhandel?

In der Hauptsache arbeiten wir für das Inland. Es kommt nicht nur darauf an, was wir ausführen und zu welchen Preisen, sondern darauf, was wir einführen und zu welchen Preisen. Nicht auf die Mengen der Ausfuhr kommt es an, sondern auf die Werte. Bei der Einfuhr: was wir am dringendsten brauchen, was für uns am wertvollsten ist. Der Preis am Weltmarkt zeigt das nicht an. Der Weltpreismarkt ist im allgemeinen ein Wegweiser, und doch ist jedes am Weltmarkt beteiligte Land rücheln. Aber wir dürfen nicht so handeln, als ob wir ein reines Fäbdlervolk wären. Für uns können manche Waren wertvoller sein, als sie zum Weltmarktpreise zu haben sind, und umgekehrt: ein vermeintlicher billiger Weltmarktpreis darf uns nicht locken, wenn wir diese Dinge nicht unbedingt nötig haben. Der Weltmarkt ist voller Bewildigungen, voller Gefahren; er kann die Produktion in falsche Bahnen lenken, wenn man ihm auf Schritt und Tritt folgt. Er ist ein Segen für ein Volk, wenn die volkswirtschaftlich richtigen Grundzüge dabei beobachtet werden.

Niedrige Löhne ermöglichen Interbefragungen, sichern den Wettbewerb eine Zeitlang. Die Löhne sind für den Wettbewerb zwar sehr wichtig, aber doch nicht ganz entscheidend. Während der eine mit niedrigen Löhnen rechnet und auf sie baut, bleibt auch der andre, der höhere Löhne zahlt, nicht untätig. Er denkt darüber nach, auf welche Weise er die geringe Löhne Zahlenden verdrängen oder zurückdrängen könnte. Das ist durch technische, kaufmännische und schöpferische Tätigkeit möglich. Sobald der höhere Löhne Zahlende durch eine technische, kaufmännische oder schöpferische Tätigkeit einen Vorprung von Belang gewinnt, so kann er den Wettbewerb mit dem weniger Zahlenden aufnehmen. Bezeichnend dafür ist Amerika, das Land, in dem das Taylor-System entstand. Amerika hat hohe Löhne bei verhältnismäßig niedrigen Preisen für Lebensmittel. Seine hohen Löhne wirken produktionsverbessernd: technisch und methodisch.

Nicht anders kann es bei uns sein. Jede Art der Entlohnung übt ihre Wirkung auf die Produktion aus. Geringe Löhne hemmen die Technik, höhere fördern sie. Geringe Löhne hindern eine geeignete Berufsauslese, höhere fördern sie. Sehen wir von Ausnahmen oder unnormalen Zeiten ab, so finden wir immer bestfälligt, daß der besser Bezahlte mehr und Wertvolleres leistet. Im allgemeinen: Niedrige Löhne wirken auf die Dauer ungünstig auf die Volkswirtschaft ein. Sie hindern die Entwicklung: Die Arbeitsmethoden bleiben zurück, der menschliche Aufschwung stockt, der Handel geht zurück.

Die gesamte Kaufkraft eines Volkes bestimmt die Höhe einer Volkswirtschaft. Die Güter werden letzten Endes nicht für die Lagerung hergestellt, sondern für den Verbrauch. Wenn die Kaufkraft fehlt, kann die Verbrauchskraft nicht befriedigt werden. Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik kann also nur die Hebung der Kaufkraft sein. Es nützt nicht viel, wenn einige Wenige kaufkräftig sind, alle müssen kaufkräftig sein. Wer kaufkräftig ist, der ist auch leistungsfähig.

Dieser durchaus einleuchtende Gedankengang wird nur allzu häufig durch einen falsch verstandenen Eigennutz verunkelt. Weil es sich für den einzelnen zu lohnen scheint, möglichst niedrige Löhne zu zahlen, streben die meisten da-

nach, die Löhne so niedrig zu halten, als es eben geht. Aber hierin steckt schon eine Fehlerquelle, denn es kommt nicht auf die Höhe der einzelnen Löhne an, sondern auf die Gesamtsumme. Wenn ein Betrieb mit 100 Arbeitern daselbe leistet wie ein andrer mit 150, so kann der mit 100 höhere Löhne zahlen als der mit 150, und dabei wird die Gesamtsumme (das Lohnkonto) des Betriebes mit 100 Arbeitern geringer sein. Kurz, nicht die Lohnhöhe der einzelnen gibt den Ausschlag, sondern die Gesamtleistung, der gesamte Reinertrag.

Sier haben wir ein bekanntes Beispiel für den Unterschied des privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Denkens. Der einzelne private Unternehmer rechnet sich aus, daß er so besser daran ist, er überlebt aber dabei, daß, wenn seine Konkurrenten: der zweite, der dritte, ja, wenn es alle so machen, seine Rechnung falsch ist. Das ist die vielfach übliche, aber falsche Auffassung vom Sparen. Wenn der oder jener spart, so mag er zu etwas kommen; wenn alle sparen, kommt keiner vorwärts. Überlegen wir uns doch einmal, was „Sparen“ heißt! Heißt Sparen etwa Geld anhäufen? Ist das Geldanhäufen allgemein nützlich? Ist ein Land reich, das viel Geld hat?

Wer etwas vom Geldwesen versteht, weiß, daß keine Bedeutung recht oft verkannt wird. Das Erdbebenswerte in einer Volkswirtschaft ist nicht, Geld anzuhäufen, sondern brauchbare Güter herzustellen, Güter für den menschlichen Bedarf genutzbar zu machen. Nützlich verstandenes Sparen ist, so viel nützliche und verwendungsfähige Güter für die Zukunft herzustellen, daß in der Ernährung, in der Kleidung, in der Unterkunft (Wohnungswesen), in den geistigen Bedürfnissen kein Mangel entsteht. Um den leblichen und geistigen Bedarf zu decken, brauchen wir Verkehrsmittel (Zugbahnen, Schiffe, Fuhrwerke), Rohstoffe, Werkzeuge, fähige und kundige Geistes- und Handarbeiter. Mit den Stoffen und den Menschen stellen wir unren Bedarf her. Je mehr wir kundige und leistungsfähige Menschen und die für uns nötigen Stoffe, Werkzeuge, Verkehrsmittel haben, desto reicher sind wir. So ist es auch durchaus denkbar, daß ein Volk wohlhabend oder reich ist, ohne daß es einen Pfennig Geld hat, und daß ein Volk arm ist, obwohl es viel Geld hat. Rußland, Deutschland, das ehemalige Österreich-Ungarn hatten vor dem ungeheuer viel Geld, und doch sind diese Länder jetzt arm. Reich sind Länder, die Rohstoffe, Werkzeuge, genutzbare Güter und genügend Verkehrswege und Verkehrsmittel besitzen, mit denen die Volkswirtschaften ausreichend versehen werden können.

Eine ausreichende Güterversorgung ist nur möglich, wenn genügend fähige Arbeitskräfte (geistige und körperliche) aus Werk gehen, wenn sie möglichst viel Güter für den menschlichen Bedarf genutzbar machen. Die genutzten Güter aber müssen — wenn sie ihre größte Wirkung ausüben sollen — in dem Augenblicke verzehrt oder aufgebraucht werden, wo sie am ausgiebigsten sind; in dem Augenblicke, wo sie die größte Wirkung ausüben. Es hat keinen Sinn, Lebensmittel und Stoffe über eine gewisse Zeit hinaus zu lagern, denn dadurch verlieren sie an Wert, sie verderben. Ein Haus, das nicht bewohnt wird, zerfällt mit der Zeit ebenso wie ein bewohntes. Hier zeigt sich die Grenze der Gütererzeugung. Was über einen gewissen Bedarf hinaus hergestellt wird, bleibt liegen oder wird sinn- und nutzlos vergeudet. Es bleibt um so mehr wertlos oder ungenutzt liegen, je geringer die Kaufkraft breiter Volksschichten ist. Aus diesem Grunde ist auch die Behauptung, daß hohe Löhne die Produktion verzerren, als alter Ladenhüter zu bewerten. Denn die Lohnhöhe begründet die Kaufkraft der Konsumenten. Ist diese durch zu niedrige Löhne geschwächt, so häufen sich die Ladenhüter in den Warenlagern und hindern letzten Endes die Höherentwicklung der Produktion weit mehr als höhere Löhne.

F. A. B.

## Die Preispolitik der gewerkschaftlichen Verbände

Wir müssen ausnahmsweise einmal Richard Calwer für uns reklamieren. Ihn ist das sprunghafte Ansteigen der Preise denn doch bedenklich geworden, obwohl er der stärkste Befürworter des freien Wirtschaftslebens ist. Allerdings steht er dieses durch die wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer schon beengt. Immerhin ist das, was er in Verbindung mit Zuschriften von Firmen zu diesem Thema zu sagen hat, recht bemerkenswert, wenn die Preispolitik auch selbst jetzt nicht allenthalten geübt werden kann und nicht überall die gleiche Methode möglich ist. Wir lassen ohne Kommentar Calwers „Konjunktur“ vom 22. Januar in einigen Ansichtsproben sprechen: „Wettbewerb ist zur Zeit von keiner Seite zu finden, also muß der Verbraucher die geforderten Preise bewilligen. Von einer Firma, die die Politik der Preisfestsetzung in den Verbänden genau kennt, werden wir darauf hingewiesen, daß die Wirkung der fortgesetzten Preissteigerungen schließlich damit enden müsse, daß der Verbrauch gewaltig zurückgehe. So wie die Preisfestsetzung jetzt gehandhabt wird, bereitet sie aber auch die Sprengung der Verbände selbst vor. Die Preisauflage werden gegenwärtig durch Anfragen bei den verschiedenen Firmen erörtert, und im günstigsten Falle das rechnerische Mittel der eingegangenen Antworten als Grundlage angenommen. Man unterzieht sich nicht der Mühe, bei jeder notwendig werdenden Preissteigerung auch gründlich nachzuforschen, wie weit man zu gehen hat, sondern die Sache wird einfach vom grünen Tisch aus erledigt. So kann es vorkommen, daß Preisauflage diktiert werden, die oft den doppelten Satz vom dem betragen, der für viele Betriebe reichlich auskömmlich wäre. Die Verbände nehmen auf die leistungsschwächeren und besonders teuer arbeitenden Mitglieder weitgehendste Rücksicht und kommen so zu den allerhöch-



fen Zuschlägen. Die Folge einer solchen Preispolitik ist, daß die betreffenden Waren unnötig verteuert der Kundschaff angeboten werden.“

### Preiswirtschaft und Preiskontrolle

Es geht nicht an mehr, die die stärkeren Bedürfnisse befriedigenden Gewerbe und Industrien eine ungebänderte Preiswirtschaft freiben zu lassen, und den andern absehbare zu lassen, selbst zu, wie ihr euch zu helfen und gegenseitig fertig zu werden vermögen. Und wenn die Regierung, die häufig über das Maß einschüchtern Verlebens mit der sehr schwierigen Lage hinaus hilflos und noch häufiger von ganz unverständlicher Langsamkeit im Zugreifen und Einschreiten ist — es sei aus jüngster Zeit an den wochenlang ausgehenden Wucher mit zurückgehaltenen Silber- und Goldmünzen usw. erinnert —, nur mit heißen Mitteln oder weniger noch kommt, dann sollen die Gewerkschaften peremptorisch erklären: Es führen zwar verschiedene Wege nach Rom und je mehr begangen werden, desto besser. Einer der wichtigsten ist die Preiskontrolle, methodisch angewandt durch die Arbeitsgemeinschaften und geschützt in ihrer Verornahme und Durchführung durch die Machtmittel des Staates, nützlichfalls unter Aufsicht des „Nostizismus“. Nicht zuwarten, bis zum Reichswirtschaftsrat hinauf einmal alles läuberlich gestädert ist und schlecht und recht funktioniert, sondern zugegriffen mit dem, was schon besteht oder doch in kürzerer Zeit zweckentsprechend ausgearbeitet werden könnte.

Es geht nicht mehr länger, daß der Staat auf dem Preisgebiet entweder die Dinge faktisch freiben läßt oder die Regierung meist allein für eine Reihe von wichtigen Erzeugnissen mit den Unternehmerverbänden die Preise festsetzt, deren Niederschlag sich dann in mehr oder weniger hohen, oft auch unerträglich hohen Blüthen zeigt. Was darüber der vielschichtige „Vorwärts“ systematisch gepflegt veröffentlichen muß böses Blut erregen. Die Abschlässe der Papierfabriken tun das in besonderer, zumal die wahnwitzigen Papierpreise die Arbeitsgelegenheit der Buchdrucker jetzt in gefährlicher Weise einengen.

Es geht auch nicht weiter mit der Methode, aus den Konjunkturgewinnen — lies: wucherlichen Freiben — der Lederindustrie usw. verhältnismäßig Bagatellobträge für Beschaffungsmöglichkeiten Minderbemittelte zu verwenden. Auch die verteuerte Praxis der Kommunen und anderer Behörden bei den Lebensmitteln muß durchkreuzt werden. Was hat der Viehhändlerverband alles sündigen dürfen! Wenn die Regierung die Steuerermache und die Steuerkränze sowie die Tarifherabsetzungen (Eisenbahn, Post) ergreifen betreiben muß, dann hat sie auch die Pflicht, die Abwägungsmethoden der Unternehmerverbände aufs Korn zu nehmen!

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Schandvertrags von Versailles können für die breite Volksmasse doch noch eine Milderung erfahren, wenn die Preispolitik in allen Industrien und Gewerben unter Aufsicht gestellt wird. Die sogenannten fertigmachenden Industrien leiden am meisten darunter und ihre Arbeiter und Angestellten wieder in ganz besonderem Maße.

Es wäre also auch vom Selbsterhaltungstrieb diktierte Pflicht, wenn das Unternehmertum mit Hand anlegen und sich ohne Umstände zur Preiskontrolle durch die Arbeiterchaft, wozu die Gewerkschaften am berufensten wären, verstehen würde. In unserm Gewerbe, das mit seinen Preisen trotz aller Steigerungen sich noch in den Abständen wie vor Gehilfen von den Löhnen so mancher anderer Arbeiterkategorien bewegt, wäre die nun in Wirklichkeit bestehende, dem Tarifamt unterstellte Fachkommission eine geeignete Stelle. Dem Tarifamt sollte das Entscheidungsrecht unbenommen bleiben. Es müßte allerdings überall die Gehaltssteuer abgaben werden, vielmehr würde für launliche Ausflüchtungen zu sorgen sein durch neutrale Veröffentlichungen in den Organen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände sowie in der Tagespresse. Mit der durch die Zentralarbeitsgemeinschaft in Angriff genommenen Lohnfaktistik ist es allein nicht getan, sie muß Ergänzung finden in einer gewerblichen Ertragsfaktistik. Wenn die Arbeitsgemeinschaften sich dafür ins Zeug legen, dann werden sie bald ganz anders gewertet werden in der Arbeiterchaft. Gerade, weil wir nicht in die Sozialisierung mit beiden Beinen zugleich hineinspringen können, müssen andre Wege beschritten werden. Das neue Deutschland soll immer weniger kapitalistischer Staat werden.

Wenn das Unternehmertum nicht ein schlechtes Gewissen hat, dann kann es ihm nur recht sein, den Arbeitern durch ihre Vertretungen Einblick zu geben in die Ertragsgefaltung der Arbeit; das könnte eventuell auch manchmal ernüchternd wirken bei Geltendmachung von Forderungen. Jedenfalls geht es so nicht weiter. Die Sozialwirtschaft in etlichen öffentlichen Versorgungsgesellschaften — mit den Fischen hat man ja leshin nette Sachen erfahren — zwingt auch entschieden zur Abkehr aus den zerfahrenen Geleisen. Strauß sich aber das Unternehmertum, dann ist verlebteses faul im Staate Dänemark. Dann haben wir nicht nur das Eingeständnis mangelnden Gemeinfinns, sondern dann ist es noch klarer, daß die schlimme Volksnot zur Bereicherung der ganz Reichen ausgebeutet wird. Bei den Hauptfaktoren Kohlenbau und Landwirtschaft ist das am wenigsten Geheimnis.

Eine Volksregierung aber darf da nicht tatenlos zusehen oder nur schwächlichen Widerstand zeigen. Sie muß das Gemeinwohl als Richtschnur durchsehen. Dann ist immer noch gut zu helfen und das schlimmste Elend abzuwenden.

### Die Kohlenpreisfrage

Nachdem in der vorigen Nummer unter „Ernährungs-wirtschaft“ gezeigt worden ist, welche enorme Verteuerung der Landwirtschaft zugefallen worden ist, deren Auswirkungen noch ganz unübersehbar sind, soll zur Bekräftigung des hier im zweiten und dritten Artikel Gesagten in ein paar Strichen dargelegt werden, wie der Kohlenbergbau drauf und dran ist bzw. war, einen großen Zeugzug auf die Lenden der Verbraucher zu unternehmen mit einer neuen Gasse von Anspruchsrecht. Es ist ja schon so weit gekommen, daß im Monat ein oder zweimal eine Erhöhung der Brennstoffpreise eintritt oder doch versucht wird. Da 40 Proz. der deutschen Industriebetriebe durch die Kohlennot bereits stillstagen, hat die Kohlenpreisfrage noch höhere Bedeutung.

Zum 1. Januar wurde von den Bergwerksbesitzern zur Erhaltung der jetzigen Förderung und Weibererlangung der Friedensleistung eine Preissteigerung von 11 Mk. pro Tonne verlangt, und bis Mitte Januar wurde daraus eine Forderung von 18 Mk. unter Hinweis auf das „Reparaturbedürfnis der Hoheröfen und Brickettsfabriken“.

Diese Forderung, die bei 100 Millionen Tonnen deutscher Jahresförderung 1,80 Milliarden Mark zu Lasten der Verbraucher ausmachen würde und die Art ihrer Begründung geben dem Reichswirtschaftsministerium Veranlassung zu einer grundsätzlichen Stellungnahme in der Kohlenpreisfrage. In einer Sitzung des Reichskohlenrats erklärte Unterstaatssekretär Sirch gegenüber diesem Verlangen: Der Verbraucher solle jetzt damit im Kohlenpreis etwa in einem Jahre die ganze notwendige Kapitalinvestierung für den Ausbau und Ausbau der Zechen zahlen. Dadurch erhöhe sich der Wert der Kapitalanlagen bzw. der Bergwerksanteile; und bei einem Wechsel dieser Anteile werde den Verbrauchern in Gestalt erhöhter Kohlenpreise die Amortisation und Verbindung der jetzigen neuen Kapitalinvestierung noch einmal zur Last fallen. Hier würde also eine Kapitalerhöhung, zu zahlen aus der Tasche der Verbraucher, gefordert. „Wollen Sie von dem Verbraucher das notwendige Kapital“, so etwa sagte der Redner. „so geben Sie dem Verbraucher genau wie jedem andern, der Ihre Unternehmen finanziert, in irgendeiner Form einem dem Werte des zugehörigen Geldes entsprechenden Anteil an dem Unternehmen bzw. an seiner Kontrollierung.“

Die Bergwerksbesitzer beantragten darauf Verlagerung der Angelegenheit. Es ist dringend notwendig, daß sich die Öffentlichkeit sehr eingehend mit dieser wie gelegentlich grundsätzlichen Angelegenheit beschäftigt. Was dem Bergbau recht ist, das ist schließlich der ganzen andern Industrie billig. Die letztere befindet sich bezüglich der Abwirtschaftung der Werksanlagen mit dem Bergbau in gleicher Verdamnis und bedarf die zur Weiberstellung der Leistungsfähigkeit notwendigen Aufwendungen jetzt durch Kapitalerhöhungen. Würde, daß der Standpunkt der Bergwerksbesitzer durchgehend behauptet würde mit Berechtigung auch die ganze übrige Industrie in der vom Bergbau vorgezeichneten Art ihren Kapitalbedarf aus der Tasche des Verbrauchers zu decken suchen und das ist nicht nur eine Utopie, sondern auch eine Unverschämtheit.

### Anpassung an den Weltmarktpreis — eine neue Preisrevolution

Leider können wir erst zu einem etwas späteren Zeitpunkt den bedeutungsvollen Vorgängen dieser Art eingehendere Aufmerksamkeit zuwenden. Was hier alles zusammenwirkt, ist nicht so einfach zu schildern. Der größte Preisstreiter ist der Krieg gewesen. Die Aufhäufe der Ausländer in Deutschland, die große Warenknappheit, das ununterbrochene Steigen des Geldumlaufs, die Erhöhung der Produktionskosten durch Lohn- und Gehaltssteigerungen, nicht zuletzt auch der Profitrate, sind weiter bestimmende Hauptmomente. Doch muß der sehr wesentliche Umstand, daß die Kapitalgewaltigen, voran der äußerst unternehmende Sinnes, systematisch auf den Weltmarktpreis zutreiben, anfanglich sich für das volkswirtschaftlich erträglichere System eines Inlands- und eines Auslandspreises einzulassen, viel mehr als gemeinschaftlich in Betracht gezogen werden. Die starke Kauffe in Industrierpapieren während der letzten Wochen hat gezeigt, wie weit dieser Prozeß schon gediehen ist; in der Montanindustrie, wo die Sinnes, Hoffsen, Fugenberg usw. die Herrscher sind, ist er am weitesten vor sich gegangen. Die „Wolfsche Zeitung“ sagte kürzlich warnend:

„Daß diese Entwicklung, welche sich automatisch auf alle andern Gebiete unres Wirtschaftslebens übertragen muß, zu den allerersten Folgen führen kann, wird für einen denkenden Beurteiler nicht zweifelhaft sein. In raschem Tempo kämen wir so einer Krise näher.“

Die Valutakommission sprach in einer unlängst veröffentlichten Erklärung deshalb auch von der „äußerst gefährlichen Angleichung der Inlands- an die Auslandspreise“ und trat für die Abschaffung eines Teiles der durch den Warenexport sich ergebenden Valutagewinne an das Reich ein, weil dieses durch die in die Milliarden gehenden Zuschüsse zur Verbilligung der Lebenshaltung — wovon man nur nichts merkt — mittelbar einen erheblichen Teil der Produktionskosten trägt. Das ist auch eine späte Einsicht, die sich zudem sehr jaghaft äußert. Gerade aus dem angeführten Grunde müßten die Valutagewinne ganz an das Reich fallen! Warum den Unternehmergruppen, die sich auf den so gewinnbringenden Außenhandel werfen, nicht erklären: So wenig, wie der Exportwaren verteilende Arbeiter nicht deshalb mehr Lohn erhält, ebensowenig habt ihr daran mehr zu verdienen!

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat am 12. Februar in einem Vortrage, den er in Bremen hielt, ebenfalls auf die Gefährlichkeit der ganzen Erbeiten dieser Art hingewiesen: Wenn Insubtrie und Handel sich diese notwendige Folgerung aus ihren Preisforderungen immer klarmachen würden, werden auch die übertriebenen Preisberechnungen aufhören. Dann wird auch das Schlagwort „Anpassung an die Weltmarktpreise“ verschwinden. Diese Anpassung würde bedeuten, daß die deutsche Markt im Inland ebensowenig wert wird, wie sie es bereits im Ausland ist. Wenn heute eine fünfköpfige Familie für die rationierten Lebensmittel, die wir im Anfang des Jahres verließen, etwa 64 Mk. die Woche zahlt, so müßte sie bei Anpassung an die Weltmarktpreise das Fünffache, mindestens 320 Mk., dafür zahlen. Die Folge wäre, daß sich aufs neue Preise und Löhne gegenseitig hinaufsetzten.

Die Regierung hat es am ehesten in der Hand, auch gegen Preisrevolutionen vorzugehen; sie tut es doch, wenn die Linksradikalen eine zweite oder dritte Revolution machen wollen.

### Gleitende Lohnskala — ein Ausweg für die Arbeiterchaft?

Robert Schmidt hat auch in Bremen erklärt, wir müßten zu gleitenden Lohnskalen kommen, sonst böre die berechtigste Insubrieidenheit der Arbeiter nicht auf. In Nr. 17 ist der Kollege Lehmann (Reipzig) auch dafür eingetreten. Der „Vorwärts“-Redakteur Erwit Warh hat vor etlichen Wochen in einem Artikel über „Gleitende Löhne“ erklärt:

Wenn wir uns in Zukunft vor Erschütterungen bewahren wollen, so müssen wir das Verhältnis zwischen Lohn und Preis in ein System bringen, das mit gewisser automatischer Wirkung Löhne und Preise in gleicher relativer Höhe hält.

Wir selbst haben vor zwei Jahren einen im ungarischen Buchdruckgewerbe gemachten Versuch mit der gleitenden Lohnskala der Beachtung empfohlen; Bewährung schien zu Anfang in Ungarn vorzuliegen. Nach der letzten Tarifauschüttung haben wir der Einlegung einer sogenannten Inbetrachtungsskizze das Wort geredet. Bedenkenlos haben wir dieser Sache ja nicht gegenüber, aber so, mit Markten und Gehältern wie bei uns, geht es eben nicht mehr weiter. Auf behördlichem Wege müßte eine Methode zu finden sein, die mit diesen Schwierigkeiten besser fertig werden könnte.

Die österreichische Nationalversammlung hat schon die ersten praktischen Schritte getan, um die gleitende Skala der Löhne und Gehälter einzuführen. Sie hat am 18. Dezember ein Gesetz angenommen, das für sämtliche staatliche Angestellte und Beamte diese neue Einstufungsmethode einführt. Es werden dort am Ende jeden Monats die Preise für die geleicht rationierten Lebensmittel festgestellt und berechnet, um wieweil mehr der Betrag für diese Rationen gestiegen ist seit dem 31. Oktober. Dieser Mehrbetrag, erhöht um einen Zuschlag nach den drei Befoldungsklassen mit 75, 60 und 45 Proz., bildet die gleitende Skala.

Neben der Preiskontrolle könnte man an dieses Experiment auch bei uns herangehen.

### Die Lebensmittelpreise im Jahre 1918

Soeben trifft Calwers Monatsbericht für den Dezember ein, so daß noch gleich ein bis zu 1914 zurückgehender Überblick gegeben werden kann. Eine aus vier Köpfen bestehende Familie mußte demnach für nur 16 Lebensmittel wöchentlich aufwenden in den Monaten:

	1914	1915	1916	1917	1918	1918
Januar . . .	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65 Mk.
Februar . . .	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93 "
März . . .	25,08	32,90	48,47	54,69	57,00	67,30 "
April . . .	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65 "
Mai . . .	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70 "
Juni . . .	24,73	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65 "
Juli . . .	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21 "
August . . .	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45 "
September . . .	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67 "
Oktober . . .	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63 "
November . . .	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83 "
Dezember . . .	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65 "

Am Jahreschlusse, d. h. jeweilig im letzten Monate, betrug der Nahrungsmittelpreispunkt:

	1914	1915	1916	1917	1918	1918
pro Familie	28,72	39,33	53,21	55,49	62,96	114,65 Mk.
pro Kopf	7,18	9,83	13,30	13,87	15,74	28,66 "
Steigerung seit 1914	—	36,94	85,27	93,21	119,19	299,10 Proz.

Nun denke man, daß für 16 Lebensmittel die Steigerung rund 300 Proz. ausmacht, bedenke, daß für die Arbeiterchaft im allgemeinen 50 Proz. des Einkommens für die Nahrung draufgehen, und dann male man sich aus, was der ganze Lebensunterhalt eigentlich erfordert und in welchem Abstände sich dieser Betrag vom Lohne hält. Dann fällt das Geschrei von den hohen Löhnen platt zu Boden.

Calwer sagt ganz richtig, das Jahr 1919 habe eine „ganz unerhörte Steigerung“ gebracht, und im Jahre 1920 „sind noch noch größere Sprünge zu erwarten“. Was werden unsere Prinzipale dazu sagen, und was haben sie wohl bei dem Lesen des Beyerlingers Artikels in Nr. 21 gedacht, der doch hauptsächlich mit authentischen Urteilen arbeitet?

**„Jugendbuchdrucker.“** Das Werbeheft der neuen Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckergewerbe, herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, liegt vor uns. Einfach und schlicht wie kein Zukeres ist seine Sprache, so recht geeignet, ein kameradschaftliches und freundschaftliches Verhältnis zu unsern beruflichen Nachwuchs anzubahnen, um die Buchdruckerlehrlinge zu tüchtigen Berufsgenossen und charaktervollen Menschen zu erziehen. Aus dem Geleitworte der Schriftleitung spricht das natürliche Lebensprinzip „Froh aufwärts!“ Zwar hat die schwere Not der Zeit, die hohen Druckpreise und der Papiermangel nicht alle Blütenräume reifen lassen, aber dennoch wird größte Sorgfalt auf den Inhalt und die Bildbelegungen gelegt werden. Aufbauender und belehrender Art werden die Artikel sein; trockener fachlicher Stoff wird in erzieherische Darstellung gekleidet werden, und eingestreute Beispiele sollen ergänzend wirken. Bildbelegungen, Entwürfe von Lehrlingen, Arbeiten aus der täglichen Praxis werden in bunter Folge beigelegt. Schriftschreibe- und Schützerunterricht wird im Laufe der Zeit hinzutreten. Damit soll den Lehrlingen geholfen werden, die fernab von der Großstadt die Vorteile einer Fachschule entbehren müssen. Auch sprachliches Wissen wird geübende Förderung erfahren. Für Druckerlehrlinge ist eine Einführung in die verschiedenen Spezialzweige und Druckverfahren geplant. Eigenheiten der einzelnen Druckereien in Werk, Abzügen, Illustrationen und Farbendruck sollen infraktuelle Erörterung erfahren. Neben wir schließlich noch hervor, daß der „Jugendbuchdrucker“ auch eine freie Aussprache mit seinen Lesern plant, daß der geschichtlichen Entwicklung des Gewerbes die nötige Aufmerksamkeit zuteil werden soll und daß an Beispielen tüchtiger Fachmänner, die im Berufsleben und in den Organisationsen an führender Stelle die Geschichte der Gesamtheit beeinflussen, gezeigt werden wird, was harter Arbeitswille und Charakterstärke aus einzelnen Menschen machen kann — so ist damit das umfassende Programm der neuen Zeitschriftskritik gekennzeichnet. Eine vielversprechende Probe darauf bietet bereits der Inhalt des Werbeheftes mit den Artikeln „Der Beruf“, „Die Tätigkeit im Beruf“, „Hochdruck—Felddruck—Flachdruck“, „Wie ich Stereotypen- und Galvanoplastikherstellung wurde“, „Gutes Deutsch — das Handwerkzeug des Buchdruckers“ und „Ein Jugendbildner, der es nicht mehr sein kann.“ Die erste Bildbeilage paßt sich dem Inhalte verständnisvoll an. Möge das neue Unternehmen, das einen entscheidenden Fortschritt auf der Bahn zur Erziehung unsrer beruflichen Nachwuchses darstellt, sich recht reger Unterstützung erfreuen in den Reihen, für die es bestimmt ist! Für die Jahre des Heranreifens, die die Entscheidung bringen für Lebensanstellung und Lebensführung, sollte es unsern Lehrlingen bisher an einer leitenden Stütze in Form eines besonderen Organs, das, unter Befolgung fester Berufsregeln, die Förderung der harmonischen Bildungsarbeit im Geiste der besten Überlieferungen unsrer schönen Berufs als seine Hauptaufgabe anstellt. Nun ein solches Organ geschaffen ist, muß es allseitig unterstützt werden. Der „Jugendbuchdrucker“ wird monatlich einmal erscheinen, erstmalig im Monat April. Das einzelne Heft kostet 30 Pf., bei einem Sammelbezuge von mindestens zehn Heften. Bei weniger als zehn Bestellungen muß das Porto besonders berechnet werden. Durch die Post bezogen, stellt sich der Abonnementsbetrag für drei Heft pro Vierteljahr auf 2 Mk. Dieser Preis deckt nur Knapp die Herstellungskosten. Gewinn soll nicht erzielt werden. Also, frisch aus Werk, eingedenk des verheißungsvollen Wortes: „Wer die Jugend hat der hat die Zukunft!“

**Gebundene Jahrgänge des „Korr.“** betreffend. Den selbigen künftigen Besiegern gebundener Jahrgänge mit halbbarem Papier für Verwaltungs- oder Bibliothekszwecke stellen wir auf diesem Wege mit, daß sich der Preis für einen Jahresband des „Korr.“ in Zukunft wesentlich höher stellen wird als bisher. Infolge der fortwährenden Verteuerung aller Materialien, insbesondere auch der Buchbinderkosten, beträgt der Selbstkostenpreis für einen Band jetzt rund 45 Mk. Dazu würde noch das Versandporto kommen. Mit dem Verlauf des Jahres 1919 soll demnach begonnen werden. Da mit noch weitergehenden Steigerungen im laufenden Jahre gerechnet werden muß, wird der Preis des nächsten Bandes jedenfalls noch teurer werden. Aus diesem Grunde bitten wir sämtliche Besteller, uns bis spätestens 15. März mitteilen zu wollen, ob sie trotzdem für das nächste Jahr auf die Zufuhung eines Jahresbandes reflektieren oder ob sie darauf verzichten wollen.

**Nachahmensewerte Beispiele.** Der Inhaber der „Offenbacher Zeitung“ in Offenbach a. M., Herr W. Dohann, gewährt seinem technischen Personal einen Krankengeldzuschuß für die Dauer einer Krankheit, und zwar für Verletzete pro Woche ein Drittel, für Leidge, die am Orte fremd sind, ebenfalls ein Drittel, für solche, die bei ihren Eltern wohnen, ein Viertel des Wochenlohns; Hilfsarbeiter erhalten den halben Wochenlohn. Etlischen Kollegen wurde die Vergünstigung bereits zuteil. — Die Buch- und Steindruckerei von Otto Schneider in Mittweida zahlte ihren Gehilfen eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Mk. — Die Buchdruckerei Emil Sommer in Grünkätz gewährte ihrem Gesamtpersonal eine wöchentliche Lohnzulage von 2 bis 2,50 Mk. Auch den Lehrlingen wurde eine Kostgeldaufbesserung zuteil.

**Steuererhöhungenbewegung der Schriftsetzer.** Wie wir durch Zufall erfahren, streben auch unsre Sieberrkollegen eine Erhöhung ihrer Steuererhöhungen an. Der

neue Reichsstatut stellt Abänderung derselben zum 1. April und 1. Oktober vor, wenn sechs Wochen vorher entsprechender Antrag gestellt wird. Diese Fristbestimmungen sollen sich als zu lang erweisen haben, was ohne weiteres zu glauben ist. Den Schriftsetzern ist guter Erfolg zu wünschen.

**Berichtigung zur Notiz „Eine noble Firma.“** Herr G. Schröder, in Firma W. & S. Döwenthal in Berlin, sendet uns zu der betreffenden Notiz in Nr. 19 folgende Richtige: „1. Es ist unklar, daß den Lehrlingen „ganze 2 und 1 Mk. abgerundet, bereits am Weihnachtsabend auszahlen lassen und ihnen dann noch bei der nächsten Lohnzahlung für eine weitere Woche diese Steuererhöhung nachzahlen lassen. Außer an die Lehrlinge, sind wie alljährlich auch im Vorjahr an eine größere Anzahl von Gehilfen, die sich teils in gehobener Stellung, teils teils tieferen Jahren bei uns befinden, gekaufte Weihnachtsgeschenke zur Verteilung gelangt. Meine Firma gehört mit zu den ältesten, bei welchen diese Weihnachtsgeschenke sowie Sommerurlaube eingeführt sind. So steht die behauptete bei uns herrschende Anwalterei und Pensionskasserei aus. 2. Es ist unklar, daß einige oder auch nur einer der Lehrlinge sich für diese Weihnachtsgeschenke durch Zurückweisung bedankt haben.“ 3. Es ist ferner unklar, daß irgend ein Arbeiter, „für die Firma starb“. Es kommt darum auch kein Vertreter der Firma bei der Beerdigung dieses unglücklichen „Schwerarbeiters“ erscheinen. Wahr ist, daß ich persönlich wiederholt an Beerdigungen verstorbenen, bei uns tätig gewesener Gehilfen teilnahm. 4. Es ist schließlich auch unklar, daß als kürzlich ein bei uns tätig gewesener Gehilfe starb, es zunächst „einen Zutritt mit mir wegen Befreiung und Bezahlung von zwei Mann (zusammen sechs Stunden) zwecks Personalvertretung bei der Beerdigung“ gegeben habe. Wahr ist, daß ich, als mir der Faktor mitteilte, daß es sich um einen früher bei uns beschäftigt gewesenen Gehilfen handelte, der allerdings mit vielsachen Unterbrechungen, darunter solchen von zwei Jahren, und seit Ende 1918 überhaupt nicht mehr bei uns tätig war, sofort meine Einwilligung zur Beerdigung gab. Von einem „Zutritt“ kann bei der ruhig geführten Besprechung keine Rede sein.“ — Wir gehen nicht gern an solche Sachen heran, wie sie den Inhalt der angeführten Notiz bilden. Es steht da oft Behauptung gegen Behauptung. Deshalb lassen wir solche Einseitigkeiten meistens unbeachtet. Wie sich der Gewährsmann für die Notiz in Nr. 19 zu der Darstellung des Herrn Schröder stellt, wissen wir noch nicht, erwarten aber vollste Objektivität von ihm bei seiner Erklärung: zu den tatsächlichen Angaben in der Berichtigung. Für Punkt 3 schließt er jedoch aus. Die Wendung von dem „Schwerarbeiter“, der „für die Firma starb“, rührt von uns her. Wie wir dazu gekommen sind, ist uns selbst ein Rätsel; das hier keinerlei Absicht vorliegen kann, ergibt sich schon aus der sachlichen Unmöglichkeit eines solchen Falles. Die bedauerliche Bemerkung ist nur mit der Arbeitslast unter den jetzigen Verhältnissen zu erklären. Herr Schröder meint in einem Besonderen noch, das ihn im alten Geis erkennen läßt, nicht er wäre bei dem Prozesse vor sieben Jahren gegen Krabl verurteilt, sondern dieser selbst. Wie schroff dieser Behauptung die Tatsachen widersprechen, läßt sich sehr leicht aus der besten Behandlung dieses für den Verband äußerst wichtigen Prozesses in den Nr. 77, 78 und 85 des „Korr.“ von 1913 erkennen. Herr Schröder befindet sich nämlich in dem Irrtum, sein damaliger Prozeßgegner wäre nicht mehr im Amt und erzählt nun unsern augenblicklich verantwortlichen zeichnenden Redaktionskollegen nach seinem Guitto etwas über den Prozeßausgang. Dabei hat er damals nicht den geringsten Einwand gegen die Prozedurstellung im „Korr.“ zu erheben vermocht!

**Schwer verunglückt.** Am 17. Februar, nachmittags, als er sich zu seiner Arbeitsstätte begeben wollte, verunglückte nahe seiner Wohnung der Kollege Wilhelm Strahau in Königsberg dadurch sehr schwer, daß er von einem in rasender Fahrt daherkommenden Auto, das mit dem Hinterfuß auf den Bürgersteig schlenderte, zu Boden geworfen wurde. Blutüberströmt brachte man den Verunglückten in die chirurgische Unterfahrschule. Ob Gefahr für die Erhaltung seines Lebens besteht, konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden. Dieser Unfall trifft einen in den vordersten Reihen lebenden Kollegen, der unermüßlich für die Gesamtheit wirkte; so ist er der Vorsitzender des Ostpreussischen Maschinenbauvereins, Beisitzer im Bauvorstand und sollte Anfang März als Mitglied der Fachkommission an deren Beratungen teilnehmen.

**Zeitungserhöhungen im abgetrennten Gebiete.** Die polnischen Militärbehörden haben den Betrieb der „Thorner Zeitung“ geschlossen, weil das Blatt das polnische Militär beleidigt haben soll.

**Konferenz von Staatsdruckereibeamten.** In Stuttgart tagte vor kurzem eine „Länderkonferenz sämtlicher Staatsdruckereibeamten und „Buchbinder Deutschlands“, wozu Vertreter aller deutschen Staatsdruckereien erschienen waren. Der Einberufer Werksführer Witt (München) sprach zunächst über die Notwendigkeit des engeren Zusammenstehens, ferner über den augenblicklichen Stand der Verhältnisse und Überleitung in die Reichsbesoldungsordnung. Gegenüber der von der Reichsregierung beabsichtigten Einreihung der Druckereibeamten wurde die Anschauung vertreten, daß dies eine große Ungerechtigkeit und Minderbewertung dieser Beamtengruppe darstelle, und wenn die

Vorschläge des Reichsfinanzministeriums nicht einer gründlichen Reifung unterzogen würden, so werde dadurch ein Erlahmen der Arbeitsfreudigkeit herbeigeführt werden. Die Druckereibeamten verlangen die Einreihung in Gruppe IV innerhalb der ersten zehn Jahre und Beförderung in Gruppe V nach Ablauf der zehn Jahre. Eins in diesem Sinne verläßt Entschlossenheit wurde an das Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium dem Günter- und Günterzwanziger Ausschuss der Personalverteilungen sowie an die Nationalversammlung abgegeben. Diesen Ausführungen schlossen sich an die auf der Konferenz durch einen Delegierten vertretenen Druckereibeamten des Auswärtigen Amtes, des Kolonialamtes, des Reichsamts des Innern, des preussischen Ministeriums des Innern, des preussischen Ministeriums für Kunst und Volksbildung, des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des Handelsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Reichspostministeriums in Berlin sowie der Verband der graphischen Berufe bei Reichs- und Staatsbehörden, ferner die Druckereibeamten Sachsens, Württembergs, Baden und Bayerns.

**Erhöhte Kohlenproduktion durch Überfließen.** Von einer erfreulichen Aussicht in die volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer erhöhten Kohlenproduktion zeugt die Bereitwilligkeit der Bergarbeiter im Ruhrrevier, die Produktion durch Leistung von Überstunden zu steigern. Das werthätige Volk wird den Bergarbeitern dafür Dank wissen, denn außer der zur Erfüllung unsrer Friedensvertragsverpflichtungen benötigten Kohle soll ein Teil der mehrgeforderten Kohlen der Industrie und der Landwirtschaft zuteil werden. Verhandlungen mit den Bergarbeitern in Essen, an denen auch der Reichskanzler teilnahm, haben in einstimmiger Erkenntnis der unbedingt erforderlichen Steigerung der Kohlenproduktion zu folgender Vereinbarung geführt: Es sollen wöchentlich zwei halbe Überstunden geleistet werden. Als Entgelt dafür erhält der Unterlagener Arbeiter 100 Proz., der Oberlagener Arbeiter 50 Proz. Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die Überstunden leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 kg Brot und 4 kg Fett, und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf drei Wochen bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einleiten. Die Kohlenförderung hat sich im laufenden Monat wesentlich verbessert, seitdem in der Frage der Einführung der Sechshundertschicht die vernünftigen Erwägungen bei den Bergarbeitern gelehrt haben. Die monatliche Kohlenförderung beträgt gegenwärtig etwa 6,5 Millionen Tonnen, gegen 8,8 Millionen Tonnen in der Vorkriegszeit.

**Verzeichnis der Deutschen Buchdrucker**  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
Verlagsdruckerei: J. S. des Buchhändlers Herrn Paul Schöls

**Selbstständiger Nachtrag**  
zum Verzeichnis der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgeholt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremen: Barkhausen & Böhm; Brinkmann, Christian; Buchdruckerei „Merkur“ (H. Gerdes); Bölling, Heinz; Glatow, Karl; Hallen, W. W.; Hinkelmann, W. H.; Norddeutsche Reklamadruckerei Hermann Altinger & Co.; Organisationsgesellschaft Brauns m. b. H. (W. Müller und Rudolf Brauns); Gsch, Daniel; Seemann, Geb.; Sturm, Hermann; Brodm, J. S. (Georg von Harten); Wenzel & Hellmann. — Detmold: Meyerische Holzbuchhandlung (Max Gaebe).
- II. Kreis. Aachen: Bark, Karl. — Barmen: Sondermann, J. — Bielefeld: Köhler, J. — Bielefeld: Köhler, J. — Duisburg: Ludwig, Alexander (Fritz Otto Hecker). — Griesheim: Pannen, Johannes. — Hochmerrich a. Rh.: Weidner, Ludwig. — Köln: Gress, Fritz und Eugen; Kaufmann, Geb.; & Feiner. — Rheydt: Staubeck, G. — Wipperfurth: Wipperfurth's Tagesblatt, G. m. b. H.
- III. Kreis. Kassel: Reichswehrgruppenkommando 2.
- IV. Kreis. Böhlingen: Verlagsdruckerei Böhlingen, Hermann Schiller. — Billingen: Rambold, Karl (Fritz Albert Wehl).
- V. Kreis. Wetzlar: Bernhart, Ludwig.
- VI. Kreis. Salzwedel: Rosenfeld, S. — Nachfolger (Wolfgang) & Rosenfeld. — Schraplau: Weiler, Franz.
- VII. Kreis. Dresden: Hauptverwaltung der Reichsbedr., Vertretung Sachsen. — Geringswalde: Rauch, August. — Laubegast: Schindler, Albert. — Meissen: Hamann & Kübiger. — Schneeberg i. C.: Beuthner & Sohn (Fritz Beuthner).
- VIII. Kreis. Berlin: Berliner Verlag H. Timm Nachf. (Hans Venz); Golos Rossi Verlag, G. m. b. H.; Photogravur G. m. b. H.
- X. Kreis. Hamburg: Nationaldruckerei und Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H.; Alsch, Rudolf. — Oldesloe: „Oldesloer Landes-“ (Julius und Otto Schöbe). — Schleswig: „Schleswiger Tagesblatt“.
- XI. Kreis. Fürstentum a. d. O.: Svoboda, G.
- XII. Kreis. Angerburg: „Angerburger Kreiszeitung“.

Aus dem Verzeichnis der karfreuen Buchdruckereien wurde gestrichen die Firma:  
VIII. Kreis. Aktiengesellschaft für Nitratfabrikation in Berlin.

**Bekanntmachungen**  
Arbeitsnachweise betreffend  
In die Kommissionen für die Arbeitsnachweise wurden gewählt:  
Kalle a. d. S. Gehlenswahl: Otto Jung, Max Gabriel, Richard Pöhl.  
Angerburg. Gehlenswahl: Adolf Wiesel, Otto Mahwig, Karl Glöber.  
Wetzlar. Prinzipalwahl: Anton Boegler, Direktor Rudolf Leonhard, Beisitzer Fritz Höden. — Gehlenswahl: Georg Engel, Hermann Schröder, Friedrich Böhl.  
Schleswig. Beisitzer: Berlin. Prinzipalwahl: Ernst Reiffen, i. Sa. Amberg & Reiffen, G. m. b. H.; J. Schellinger; Paul Althoff, i. Sa. Hermann Althoff.  
Stuttgart. Prinzipalvorsitzender: Direktor Eugen Depps, i. Sa. „Württembergische Zeitung“.  
Berlin, 3. Februar 1920.  
J. A.: Paul Schöls, Geschäftsführer.